

Posener Zeitung.

Wenndiebziger Jahrgang.

Nr. 298.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des Deutschen Reiches an.

Abonnements auf die Posener Zeitung pro Monat Mai und Juni werden bei allen Postanstalten zum Preise von 3 Mark 61 Pf., sowie von sämtlichen Distributeuren und der unterzeichneten Expedition zum Betrage von 3 Mark entgegengenommen, worauf wir hierdurch ergebenst aufmerksam machen.

Expedition der Posener Zeitung.

Amtliches.

Berlin 27. April. Der Kaiser hat im Namen des deutschen Reichs die von dem Direktorium der Kirche ausgesetzte Konfession zu Straßburg i. E. vorgenommene Ernennung des Pfarrverwalters Carl Schaeffer in Gornweiler zum Pfarrer in Oberbetschdorf, Bezirk Unter-Elsaß bestätigt.

Der König hat dem Bankier Dietrich Martens in Marienburg W. Pr. den Charakter als Kommerzien-Rath verliehen.

Am Gymnasium zu Düsseldorf ist ord. der Lehrer Dr. Fauth zum Oberlehrer befördert worden.

Der bei der Niederrhein.-Märk. Eisenbahn angestellte königl. Eisenbahn-Bau- und Betriebs-Inspektor Wilhelm Heinrich Buchholz zu Guben ist in gleicher Amtseigenschaft nach Görlitz versetzt worden.

Der Nachfolger Delbrück's.

Selten wird man wohl in der Presse einer solchen Übereinstimmung begegnen, wie jetzt bei Gelegenheit des Rücktritts des Staats-Ministers Delbrück. Alle Organe, vielleicht ohne eine einzige Ausnahme, sprechen ihr Bedauern über den Entschluß des Staatsmannes und ihre Anerkennung seiner Leistungen aus. Mit Spannung erwarten man von allen Seiten die Wahl des Nachfolgers. Die in unserem Donnerstag-Teilartikel ausgesprochene Ansicht, daß der Posten eines Prääsidenten der Reichskanzlei unter dem zweiten Inhaber wohl einen weniger umfangreichen Zuschnitt erhalten wird, findet auch in der "Berl. Aut. Korresp." Ausdruck. Das nationalliberale Organ schreibt:

"Wer auch immer zum Nachfolger Delbrück's ernannt werden mag, so wie Delbrück wird keiner in allen den Fragen heimisch sein, welche an dieser Stelle ihre administrative Entscheidung oder gesetzgebende Lösung erwarten. Vor Allem wird in einem Menschenalter angesammelte Erfahrung Delbrück's auf dem Handelspolitiken Gebiete zu einer Zeit schwer vermitzt werden, wo es sich um die Erneuerung einer Reihe für das deutsche Reich hochwichtiger Handels- und Zollverträge handelt. Auf diesem Gebiete war die Autorität Delbrück's eine unbestritten; es bleibt indessen die Hoffnung, daß sein Rath in diesen Dingen, die er besser verstand, als der Reichskanzler, auch fernerhin eingeholt wird, ja, daß es ihm nach einer längeren Zeit der Erfahrung vergönnt sein wird, in einer Stellung, die weniger Ansprüche an seine Kräfte stellt, als die, aus der er nunmehr scheidet, seine gereisten Erfahrungen dem Reich, zu dessen Mitbegründern er stets geähnelt werden wird, zu Gute kommen zu lassen. Daß der Rücktritt Delbrück's nicht ohne Folgen für die Reichsinstitutionen selber sein wird, kann man mit gutem Grunde annehmen. Die Geschäfte, welche dem Prääsidenten des Reichskanzleramtes obliegen, haben im Laufe der Zeit derartig an Ausdehnung und Bedeutung gewonnen, daß es nicht länger mehr angehen wird, dieselben in einer Hand zu konzentrieren; anders wird der Nachfolger Delbrück's, wer er auch immer sein mag, neben dem Fürsten Bismarck nicht diejenige autoritative Stellung einnehmen, welche der Letztere in seiner gefriegenen Erklärung kurz und treffend bezeichnet hat. Delbrück hat in seiner früheren Stellung innerhalb des preußischen Handelsministeriums durch die Gewandtheit und Klarheit, mit welcher er den übrigen deutschen Regierungen das Interesse, das sie selber an dem Verbleiben ihrer Staaten im Zollverein hätten, darzulegen wußte — 1853 und 1865 — die preußische Handelspolitik derartig geleitet, daß er dadurch den späteren Verwirklichung der Reichsidee bestens den Boden bereitete. Er hat durch die jeden verletzenden Anspruch zurückhaltende, lediglich durch sachliche Gründe auf die Gewinnung des anderen Theiles abzielende Verhandlungsweise die für das deutsche Reich grundlegend verhältnisse vorbereitet. Es muß daher von allen Freunden des Reiches auf's Beste befürchtet werden, daß gerade in einem Augenblide, wo für das Reich ein neuer Zuwachs an Macht angestrebt wird, ein herbes Geschick den Mann die müden Hände zur Ruhe lenkt, welcher der treueste Berater und Helfer des Reichskanzlers bei den bevorstehenden schwierigen Verhandlungen wegen Ausstattung des Reichs mit den zur Geltendmachung seines Einflusses auf das Verkehrsweisen erforderlichen Mitteln gewesen wäre. Die glückliche Hand", welche Delbrück in solchen Dingen hatte, fand augenblicklich nur noch Kraft, um ein Entlassungsgesuch zu schreiben. Und wenden wir den Blick vom Reich auf Preußen, so mahnt der Rücktritt Delbrück's an die Notwendigkeit, daß der preußische Finanzminister wieder mehr als bisher hervortrete. Bei dem intimen persönlichen Verhältnis, welches zwischen Delbrück und Camphausen bestand und welchem die Gemeinsamkeit der volkswirtschaftlichen Anschaulungen hinzutrat, wurden die Finanzinteressen Preußens und des Reiches so zu sagen auf amikale Weise in Einklang gebracht, so daß der offizielle Schriftenwechsel darüber nur den formalen Abschluß der zwischen den beiden persönlich befreundeten Staatsministern getroffenen Vereinbarungen bildete. Da die Finanzinteressen Preußens und des Reiches nicht in allen Fällen Hand in Hand gehen, und da in Zukunft vielleicht mehr als bisher Differenzen zwischen ihnen sich ergeben könnten, so wird auch der preußische Finanzminister zu dem Reich und seinen höchsten Behörden in eine andere Stellung zu treten und dieses Verhältnis einen formelleren Charakter anzunehmen haben. Es bereitet sich allmählich die Zeit vor, diejenigen Männer, welche die Wege des deutschen Reiches umstanden haben, einer nach dem anderen aus ihren maßgebenden Stellungen scheiden und durch neue Männer ersetzt werden, denen wohl dieselbe Treue und die gleiche Liebe zum Reich innwohnen mag, die aber mit denen, an deren Seite sie treten, nicht durch das Band langjähriger persönlicher Beziehungen, welches über

die Kollegialität hinausreichte, verknüpft werden, wie jene es waren, die da schieden. In jedem Amtsraum leben, die Veränderungen im Personalbestande überdauernd, gewisse Traditionen fort und bewirken, daß die Folgen eines Wechsels, wie schmerzlich davon auch die Nächste stehenden berührt werden, nach Außen hin minder fühlbar werden; das deutsche Reich ist jedoch zu jung, als daß sich in seinen höchsten Amtsräumen schon Traditionen gebildet haben können, an sich allein stark genug, um die neu Entstehenden gegen allerlei Lockerungen fest zu machen, die sie auf andere Bahnen ablenken wollen, wo das Glück zu Haufen sich finden soll. Wer auch immer der Nachfolger Delbrück's werden mag, es wird ihm an derartigen Verhüllungen nicht fehlen; um so mehr wird es Sache des Reichsstaates sein, keinen Zweifel darüber aufzukommen zu lassen, daß das deutsche Volk in seiner großen Mehrheit von dem Verlassen einer Handelspolitik nichts wissen mag, als deren wenigen Vertreter vor Allem Delbrück ihm so wert war. So klingen denn unsere Worte in die Mahnung aus, die sich an das deutsche Volk richtet, mit Eifer dahin zu streben, daß, da Personen wechseln, mehr und mehr in den Institutionen des Reiches die Bürgschaft seines Wohles gegeben sei.

Ein Privattelegramm in unserer letzten Mittagsnummer meldete, daß bezüglich der Nachfolge Delbrück's nur mit dem hessischen Ministerpräsidenten Hofmann und dem Oberpräsidenten von Hannover Grafen Eulenburg Verhandlungen angeknüpft worden seien. Ein früheres Telegramm bezeichnete den ersten als den Nachfolger. Diese Meldung bringt die Thatsache in Erinnerung, daß dieser süddeutsche Staatsmann zu Anfang dieses Monats in überraschender Weise telegraphisch nach Berlin berufen und am 25. d. von dem Kaiser in Wiesbaden empfangen wurde. Die uns heute Abend zugegangenen Blätter nebnen zum Theil die Ernennung Hofmann's schon als Thatsache an. So schreibt man unterm 27. der "Magd. Btg.":

Die Ernennung des hessischen Ministerpräsidenten Hofmann zum Nachfolger Delbrück's steht jetzt fest — oder richtiger gesagt, es wird jetzt öffentlich bekannt, daß dieser Staatsmann zum neuen Präsidenten des Reichskanzleramtes designiert ist. Die Publikation der Ernennung im "Reichsanzeiger" dürfte alsbald erfolgen. In magazinierenden Kreisen kannte man die Wahl dieser Persönlichkeit für den schweren Posten schon seit längerer Zeit. Der Minister Hofmann ist noch nicht allzu vorigen Alters und erfreut sich schon seit dem Jahre 1866 des vollsten Vertrauens per damaligen leitenden Chefs des norddeutschen Bundesraths. Seinen Studien nach Jurist, trat er sofort nach beendigten Universitätsjahren in die Staatskariere seines engeren Vaterlandes ein. Im Jahre 1863 war er bei dem Abschluß des Friedensvertrages mit Preußen erfolgreich thätig und wurde demgemäß trotz seiner Gegnerschaft gegen die Politik Dalwigk's zum Gesandten in Berlin ernannt, gleichzeitig zum Bundesratsbevollmächtigten. In diesem Verhältnisse blieb Hofmann unter mancherlei Schwierigkeiten, die ihm seine liberale (?) und antipartikularistische Gesinnung Dalwigk gegenüber verursachten, bis zum Jahre 1873. In diesem Jahre stirzte schließlich das Ministerium Dalwigk zusammen, und der Träger des deutschen Gedankens unter den hessischen Staatsmännern, Hofmann, wirkte zur Bildung eines neuen Kabinetts berufen. In diesem neuen Ministerium hat er bis jetzt die Stelle eines Präsidenten, Ministers des Auswärtigen und Ministers des großherzoglichen Hauses bekleidet. Gleich nach seiner Ernennung zur höchsten Leitung der Dinge in Hessen sprach er sich öffentlich dahin aus, es müsse in seinem engeren Vaterlande durch mannsfache Reformen den Bedürfnissen der neuen deutschen Geschichtsperiode genügt, mehr Licht und Luft geschafft und vielerlei Schutt, der sich aufgeschüttet habe, bei Seite gebracht werden. Hofmann hat dies Wort gehalten und im Verein mit der Landesvertretung in Hessen glücklich Zustände angehant. Er blieb übrigens fortwährend Mitglied des Bundesraths, weilt öfters in Berlin und befindet sich in den Ausschüssen für Eisenbahnen, Rechnungswesen und für die Geschäftsordnung. Einen ungünstigen Tag hatte der Minister übrigens in einer der letzten Reichstagsitzungen, als das Strafgesetz, und zwar die bedenklichen und auch abgelehnten Paragraphen desselben verhandelt wurden. Seiner etwas scharfen Vertheidigung des Gesetzes wurde sehr scharf geantwortet, und schließlich gab er die Erklärung ab, nicht genau verstanden worden zu sein. Im Übrigen aber gilt Hofmann als eine eben so einsichtsvolle und in seinen Grundanschauungen liberale wie arbeitskräftige, der neuen Gestaltung der Dinge in Deutschland fest ergebene Persönlichkeit.

Das soeben erschienene 10. Heft des Generalstabswerkes über den Krieg von 1870/71 stellt zunächst, in engstem Anschluß an die Kapitulation von Sedan, den Vormarsch der deutschen Armeen gegen Paris dar. Ausführlich und unparteiisch werden sodann die politischen Ereignisse in der Hauptstadt, der Sturm des Kaiserreichs, die Konstituierung einer der Fortführung des Kampfes gewidmeten Nationalregierung, die umfassenden und geschickten, durch die Opferwilligkeit der Einwohner unterstützten Maßregeln zur Vertheidigung der bedrohten Hauptstadt mitgetheilt. Der neue Schauplatz des Krieges, Paris mit seinen Umgebungen, wird in anschaulicher Weise, unter Beifügung von großen Spezialkarten, geographisch beschrieben und militärisch gewürdigt. Der Generalstab hebt ferner die für die deutsche Heeresleitung maßgebenden Erwägungen hervor, welche als nächstes Ziel des Krieges die Einführung von Paris forderten; im Norden wird dieselbe von der Massarmee, im Süden von der III. Armee ausgeführt, deren 2. bayerisches und 5. preußisches Corps dabei die ersten Gefechte vor Paris bestehen (bei Petit-Bicetre und Châtillon gegen General Ducrot, 19. September). Mit der Darstellung der erfolgreichen Verhandlungen Jules Favres mit dem Grafen Bismarck schließt dieser erste Abschnitt der Belagerung von Paris. Die Erzählung wendet sich der Belagerung der beiden wichtigen, im Rücken der Armeen gelegenen Festungen zu, welche gleichzeitig mit diesen Ereignissen ihre Thore den Deutschen öffneten: Toul, mit dessen Fall die Eisenbahnverbindung bis nahe an Paris gewonnen wurde, und Straßburg, dessen schwieriger und großartiger Belagerung der letzte Theil dieses Heftes gewidmet ist. Mit der Übergabe dieser Stadt — genau 189 Jahre, nachdem die Franzosen "mittin im Frieden sie ohne Schwertstreit befest hatten" — wurden beträchtliche Heerestheile zur Verwendung gegen die im Innern Frankreichs sich sammelnden neuen Streitkräfte frei und als die großen Mittelpunkte des Krieges treten nun Paris und zeitweilig noch Metz hervor.

Sonnabend, 29. April
(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 20 fl. die schriftgehalte Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, finden die Expedition zu linden und werden für die am folgenden Tage Morgen 7 Uhr erreichende Nummer 1 bis 1000 Nachmittag angenommen.

Annonsen
Annahme-Bureau
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien
bei G. L. Danck & Co.
Haasenstein & Vogel,
Knudolph Wose.
In Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Invalidenbank.“

1876.

Deutschland.

Berlin, 27. April. Die Staatsregierung legt entschieden Wert darauf, daß die Wegebau-Verwaltung in den fünf Provinzen, in welchen die neue Provinzial-Ordnung eingeführt ist, sobald als möglich in vollem Umfange von den Provinzial-Verbänden übernommen werde. Nach den letzten provinziellen Verhandlungen entspricht dies auch fast überall den Wünschen der Provinzial-Beschäftigten. Zur Erreichung des Ziels, daß die definitive Regelung dieser Angelegenheit mit dem 1. Januar d. J. erfolgen könne, ist die Feststellung der Grundsätze, nach denen die provinziellen Wegebau-Verwaltung geführt werden soll, das erste Erfordernis. Den Provinzial-Ausschüssen wird es obliegen, den nächsten Provinzial-Landtagen den Entwurf eines Reglements für die ständische Wegebau-Verwaltung vorzulegen. Es dürfen dabei die für die Provinzen Westfalen, Rheinprovinz, Hannover und Schleswig-Holstein, sowie für die kommunaliständischen Verbände von Kassel und Wiesbaden bereits erlassenen Reglements einen geeigneten Anhalt bieten.

Berlin, 27. April. Die erste Berathung des Reichsiseinhabgesetzes ist heute, wenn auch mit einiger Mühe, zu Ende geführt worden; neben dem Handelsminister Achendorf und dem Finanzminister Camphausen kamen nur drei Redner: Berger (Witten) gegen Hammacher für und Reichensperger gegen die Vorlage zum Worte. Da nach Schluss der Rede des Letzteren Schluss der Diskussion beschlossen wurde, mußten 10 der angemeldeten Redner darauf verzichten, ihre Gründe vorzulegen. Indessen wird ihnen die zweite Lesung, welche ebenfalls im Plenum stattfinden wird, Gelegenheit bieten, ihre Stimme noch hören zu lassen. Die Diskussion trug im Ganzen einen rubigen freundlichen Charakter. Der Handelsminister schlug trotz des Ernstes, mit dem er die Frage behandelte, diesen Ton an und er erhielt sich auch durch die ganze Sitzung. Neben den ausführlichen sachlichen Erklärungen, welche der Handelsminister gab, gipfelte seine Rede in zwei Hauptpunkten. Einmal erklärte er dem Vorwurfe des Abg. Richter (Hagen) gegenüber, daß er unwirtschaftliche Bahnen projektiert habe, der Staat könne nicht allein und nicht immer auf die Prosperität der anzuregenden Bahnen Rücksicht nehmen, sondern müsse auch das Interesse der beteiligten Landesgebiete in Betracht ziehen. Sodann sprach er in seiner Eigenschaft als preußischer Handelsminister die positive Behauptung aus, daß ein gleichzeitiges Wirken von Landes- und Reichsbehörden auf ein und denselben Gebieten unhünlich sei. Wenn der Abg. Richter behauptet habe, die Annahme des Entwurfs werde eine Spaltung der Bundesregierungen herbeiführen und das Projekt sei deshalb ein reichsfeindliches, so müsse er dem entschieden widersprechen. Der Schritt der preußischen Regierung sei in jeder Beziehung ein durchaus reichsfreundlicher; sie erstrebe Versöhnung aller Beteiligten, ohne irgend welche Interessen zu schädigen. Der danach folgende Redner Abg. Berger (Witten) wirzte seine dem Entwurf feindliche Rede mit verschieden die Heiterkeit erregenden Bemerkungen. Seiner Meinung nach ist der Reichseisenbahnplan ganz urplötzlich gekommen und die Bevölkerung habe zu demselben noch keine Stellung nehmen können. Als Hauptbedenken erscheint ihm der Mangel einer geeigneten Persönlichkeit, um den großartigen Plan glücklich durchzuführen. Auch würden die Bundesstaaten die Tarife zu ihrem Vortheile benutzen und sich die Matrikularkosten damit verringern. Der Finanzminister Camphausen beantwortete sodann die auch im Hause schon viel ventilierte Frage des Vorredners, warum der so tief in das Finanzwesen eingreifende Gesetzentwurf nicht auch vom Finanzminister unterzeichnet sei. Der Ministervizepräsident erklärte, daß der vorliegende Entwurf nur nach einem gemeinschaftlichen Beschuß des Staatsministeriums eingebracht worden sei, daß er daher genau ebenso wie jedes andere Mitglied des Ministeriums mit dafür hätte. Seiner besonderen Unterschrift habe dieselbe daher nicht mehr bedurft. An den Finanzminister schloß sich sodann der Abg. Hammacher an, welcher die Ausführungen des Abg. Lasker und des Handelsministers ergänzte und endlich der Abg. Reichensperger an, dessen Ausführungen indef auf der Journalistentribüne ganz unverständlich blieben. Seine Rede schloß insofern mit einem Effekt, als dem laufenden Bravo im Zentrum sich ein nicht minder starkes Bischen auf der anderen Seite des Hauses entgegenstellte. Ein Antragschluß der Diskussion fand danach die überwiegende Mehrheit des Hauses; die Einverleibung Lauenburgs wurde abgelehnt und die Sitzung auf morgen vertagt. Fürst Bismarck war in der Sitzung erschienen, beteiligte sich aber nicht an der Debatte. Die zweite Lesung der Reichseisenbahnvorlage wird am Sonnabend stattfinden, die dritte soll ihr am Dienstag folgen. Erst am Schluss der letzteren wird die namentliche Abstimmung stattfinden, während am Sonnabend wahrscheinlich noch der Hammelsprung die Entscheidung herbeiführen wird. Denn es wird sich vielleicht nicht um eine große Anzahl Stimmen handeln, um welche die Majorität von der Minorität differirt. Auf der negirenden Seite die Fortschrittspartei, von der allem Anschein nach nur Herr Löwe gegen seine Fraktion stimmen wird, mit etwa 70, das Zentrum und die Polen mit etwa 110 Stimmen, gegenüber die Nationalliberalen, von denen vielleicht 160 sich zustimmend zu der Vorlage verhalten und etwa 30 Konservative. Rechnet man der Opposition 10 diffentirende Nationalliberale hinzu, so hat man zwei gleich starke Gruppen von 190 Stimmen. Den Ausschlag könnten die Freikonservativen mit ihren 30 Stimmen geben, aber sie sind in sich gespalten. In ihrer letzten Fraktionsversammlung, der allerdings nur 14 Mitglieder beiwohnten, war die Zahl der Freunde und Gegner des Projekts gleich. Unter den ersten waren die Namen der Partei, unter den letzteren die Abg. Nasse und Stengel. So werden die 20 Fraktions-

osen, bei denen sich u. A. die Minister befinden, das entscheidende Wort, und wahrscheinlich zu Gunsten der Vorlage sprechen.

[Personalien.] Dem Vernehmen nach ist Herr Lindau, bisher Konsul in Marseille und seit 1½ Jahren mit der Verwaltung des Konsulats in Bayonne beauftragt, zum Konsul des deutschen Reiches in Barcelona ernannt worden; sein Nachfolger in Marseille ist Graf Hippolyt v. Bothmer, bisher Konsul zu Serajewo in Bosnien. — Am 27. d. starb hier nach mehrwöchentlichen schweren Leiden der frühere bairische Rechtspraktikant Carl von Vincenti. „Im Herbst v. J. befürs Vorbereitung für den Konsulatsdienst in das Auswärtige Amt berufen, schreibt der „Reichsanzeiger“, hat er in der kurzen Zeit seiner hiesigen Tätigkeit sich die Anerkennung seiner Vorgesetzten, sowie die Liebe seiner Kollegen zu erwerben verstanden. Das Auswärtige Amt verliert in ihm einen tüchtigen jungen Beamten, der zu den besten Hoffnungen berechtigte.“ — Wie die „Düss. Z.“ meldet, ist die Wahl des Ober-Bürgermeisters Becker in Dortmund zum Bürgermeister in Düsseldorf durch Königl. Kabinettsordre vom 5. d. bestätigt worden.

Der Bundesrat hielt am 27. d. Mittags 12 Uhr im Reichskanzleramt eine Plenarsitzung unter dem Vorsitz des Staatsministers Delbrück. Es wurde zunächst Beschluss gefasst über den Antrag betr. die Anrechnung der Gemeindedienstzeit eines Postunterbeamten bei seiner Pensionierung. Dann folgten die im Wesentlichen bekannten Anträge des Justizausschusses betreffend die Beschlüsse der Reichstags-Justizkommission über die Entwürfe eines Gerichtsverfassungsgesetzes, einer Strafprozeß- und einer Zivilprozeß-Ordnung. Der Bundesrat stimmte sämtlichen Anträgen zu und beschloß bezüglich nicht schriftlich, sondern durch den Direktor der Abteilung des Reichskanzleramts für Justizwesen von Amsberg der Reichstags-Kommission berichten zu lassen. Besonders wurde beschlossen, den von der Kommission eingefügten Theil über die Stellung des deutschen Rechtsanwalts auszuscheiden und den Reichskanzler um Bearbeitung dieser Materie in einem besonderen Entwurfe zu ersuchen. Von verschiedenen Staaten wurden Wünsche über die spätere Vertheilung der Unterrichts geltend gemacht. Der Antrag des Handelsausschusses auf Einleitung eines Enquête-Berfahrens bezüglich der gesetzlichen Regelung des Patentwesens (Schutz der Erfindungen) wurde angenommen. Derselbe Ausschuss berichtete sodann über die Vorlage betreffend die zu erlassenden Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über die Beseitigung von Aufstellungsstoffen bei Viehhörderungen auf Eisenbahnen. Mündliche Ausschussberichte wurden ferner erstattet über den Antrag Hesses wegen Änderung des Statuts der Bank für Süddeutschland in Darmstadt, über die anzustellenden Erhebungen betr. die Verhältnisse der in Fabriken beschäftigten Frauen und Minderjährigen, die Anstellung von Wundärzten als Impfarzte, sowie über eine Petition, betreffend die Rheinschiffahrt beziehungsweise den Freihafen zu Köln. Endlich wurde der kürzlich dem Inhalte nach mitgetheilte Entwurf einer Verordnung wegen Abänderung des Gesetzes über die Bezirksvertretungen in Elsaß-Lothringen angenommen. — Am Schlusse der Sitzung zeigte der Staatsminister Delbrück an, daß er demnächst einen längeren Urlaub antreten werde, und daß vor dem Ende des nächsten Monats kaum Ansatz sich bietet eine Plenarsitzung anzuberaumen. Seines Rücktritts vom Amt hat der Minister mit keinem Worte Erwähnung. Es scheint, daß er noch der nächsten Sitzung des Bundesrates präsidiere und sich erst in dieser von letzterem förmlich verabschieden will. Delbrück hat der überwiegenden Mehrzahl der Bundesrathssitzungen im norddeutschen Bunde wie im deutschen Reiche präsidiert. Nur in den Jahren 1867 und 1871 hat Fürst Bismarck in vereinzelten Fällen den Vorsitz geführt, während derselbe namentlich im Laufe der Reichstagssessionen ab und zu einmal dem bairischen Ministerpräsidenten oder Justizminister übertragen war.

Die „Trib.“ zitierte befamlich eine von uns wiedergegebene Neuherzung, welche der bisherige Präsident des Reichskanzleramtes Delbrück angeblich in der Kommission für Eisenbahntarifreform

gethan haben sollte, dahin gehend, daß die Durchführung eines ganz Deutschland umfassenden einheitlichen Tarifsystems nothwendig die Herstellung eines einheitlichen über ganz Deutschland sich erstreckenden Reichseisenbahnnetzes im Gefolge haben müsse, sei es, daß dieses durch Ankauf der Bahnen, sei es, daß es durch andere Kombinationen hergestellt werde, wenn nicht stets wieder neue, den Verkehr tief schädigende Wirrnisse entstehen oder durch an sich unberechtigte Übergriffe in wohlvorbereitete Rechte schwere Verluste für Einzelne und für den Nationalwohlstand eintreten sollten.“ Wie jetzt dem „B. C.“ von einem Mitgliede der Kommission für Eisenbahntarifreform mitgetheilt wird, beruht diese Aussäum auf einem Irrthum, denn nicht der Präsident des Reichskanzleramtes, sondern der als Delegirter des Handelsstandes zu den Konferenzen der Kommission hinzugezogene Präsident des deutschen Handelstages, Kommerzienrat Delbrück, habe die oben zitierte Aufführung gethan.

— Allem Anschein nach schreibt die „Wei.-Btg.“, sind in dem höheren Beamtenpersonal der kaiserlichen Admiralität einige nicht unwichtige Veränderungen im Anzuge. In diesem Sinne wenigstens erklären die Bezeichnungen der bisherigen Praxis gegenüber allerdings auffallenden Umstand, daß der Chef des Stabes der Admiralität, Kapitän z. S. Batsch, sich seit einigen Wochen in England befindet, um die dortigen Marinetablissements zu inspizieren. Man will daraus schließen, daß Kapitän Batsch zum Nachfolger des Contre-Admirals Heuf, des Direktors der Admiralität, designirt sei. Der Chef der Admiralität hätte sich dann endlich überzeugt, daß zwischen der technischen Leitung der Marineverwaltung und dem langsamem Fortgang der Marinebauten, der kürzlich im Reichstage zur Sprache gekommen ist, ein ursächlicher Zusammenhang besteht. Ist die erwähnte Vermuthung zutreffend, so darf man erwarten, daß in Zukunft die Marineverwaltung in zwei Abtheilungen geschieden wird, von denen die eine die militärischen Dezerne, die zweite die technischen Dezerne umfassen würde und daß dann an die Stelle des Direktors der Admiralität zwei Abtheilungs-Direktoren treten.

— Ueber die Verhandlung der Reichsdisziplinar-Kammer gegen den Grafen Arnim geben wir an anderer Stelle einen Bericht. Gegenwärtig schwebt gegen den Genannten noch die Untersuchung wegen Landesverraths. In dieser Sache ist der Termin für die mündliche Verhandlung vor dem Urtheilsenat des Staatsgerichtshofes auf den 11. Mai d. J. Vormittags 9 Uhr anberaumt worden.

— Es ist aufgefallen, daß das Neidsgesundheitsamt seine Tätigkeit noch immer nicht begonnen hat, und schon hat man daraus den Schluss gezogen, es sei die Ernennung des Oberstabsarzt Dr. Struck wieder rückgängig gemacht worden. Dem ist, wie die „Trib.“ aus sicherer Quelle hört, nicht so. Es fehlt vielmehr nur noch die Ernennung der beiden Nähe des Amtes, zu welchen Stellen die Herren Bülzer und Schütze mit Sicherheit als destiniert zu betrachten sind. Was übrigens die Berufung Pettenkofers betrifft, so wurde hier die ablehnende Antwort des berühmten Hygienikers vorhergesagt, so daß der Ruf entweder als ein Kompliment angesehen werden muß, oder den Gegnern der jetzt erfolgten Ernennung das Argument entzogen werden sollte, daß Reichskanzleramt habe sich keine Mühe gegeben, anderweitige Kräfte von hervorragendem Rufe zu gewinnen. Da in den letzten Tagen des Monat Juni die diesjährige Generalversammlung des deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege stattfindet, so dürfte es sich bald herausstellen, nach welchen Grundsätzen das neue Reichsgesundheitsamt seine Aufgaben zu lösen gedenkt. Sollte besonders der Vorsitzende desselben an den Verhandlungen in Düsseldorf sich nicht beteiligen, so wird daraus der Schluss zu ziehen sein, daß die bisher auf dem Gebiete der öffentlichen Hygiene imgehaltenen streng bürokratischen Wege noch nicht verlassen werden sollen, was wir im Interesse der Sache höchst bedauern müßten.

— In Folge der Berathungen, welche gelegentlich der Reise des Grafen Eulenburg nach Wiesbaden und Ems stattgefunden haben,

wird, der „Wei.-Btg.“ zufolge, dem Abgeordnetenhaus demnächst eine erste ausschließlich auf Caub bezügliche Notstands-Vorlage gemacht werden, welche der Regierung einen Kredit von 600 000 Mark zur Verfügung stellen soll. Es hat sich nämlich herausgestellt, daß die Abtragung des die Stadt Caub bedrohenden Bergabhangs, welcher in 14 Tagen um 5 Centimeter vorgerückt ist, unmöglich ist. Der in Aussicht stehende Bergrutsch würde nicht nur die Stadt Caub selbst, sondern auch den Eisenbahn- und selbst den Schiffsverkehr auf dem Rheine bedrohen. — Bezuglich der weiteren Vorlage wegen der durch die Überschwemmungen veranlaßten Schäden sind die Vorarbeiten noch nicht beendet, so daß sich die Höhe der erforderlichen Kredite noch nicht übersehen läßt.

— Seit einigen Tagen haben in Berlin die Arbeiten zur Herstellung der unterirdischen Luftdruck-Post begonnen. Es sind bereits über 1000 Meter Röhren gelegt; angefangen wurde in der Genthiner Straße; die Herstellung der Gebäude für die in den verschiedenen Gegenden der Stadt erforderlichen Stationen und Dampfmaschinen ist gleichzeitig in Gang gesetzt. Der General-Postmeister besichtigte am 26. d. die bezüglichen Anlagen. Von dem Magistrat der Hauptstadt ist auch bei dieser Gelegenheit der Verwaltung der Posten und Telegraphen ein in jeder Beziehung anzuerkennendes Entgegenkommen beobachtet worden.

Königsberg, 26. April. Wie die „Königsb. Hart. Btg.“ hört, soll Herr Probst Dindorf sich gegen die mitgetheilte Entscheidung des Kultusministers in der Kirchenfrage an den Kaiser gewendet haben. Der Herr Probst, meint das Blatt, scheint übersehen zu haben, daß es sich um Ausführung eines Staatsgesetzes handelt.

München, 23. April. Zwischen dem König und dem Justizminister Dr. v. Häusle hat es vor Kurzem, der „B. Z.“ zufolge, eine für Letzteren unangenehme und möglicher Weise folgendwäre Differenz abgesetzt. Minister v. Häusle begutachtete nämlich den gradierten Erlaß des Strafrechts des „Vaterlands“-Redakteurs Dr. Sigl, welcher darum nachgesucht hatte. Der König heilte jedoch die Ansicht seines Gerechtsamts nicht, vielleicht in der Meinung, daß es dem Letzteren bei diesem Gnadenweile weniger um die Person des Dr. Sigl, als um seine eigene, beziehungsweise um die Besserung seiner Stellung gegenüber den Ultramontanen zu thun sei. Das Unglück wollte, daß die Nachricht von der beabsichtigten Begnadigung Sigls vor der Entzündung des Königs in die Öffentlichkeit gelangte. Hierüber war der Monarch — und gewiß nicht mit Unrecht — in höchstem Grade aufgebracht, und man wird nicht sehr geben, wenn man annimmt, daß die unmittelbar darauf erfolgte Beurlaubung des Hrn. v. Häusle mit dieser Affaire in Zusammenhang steht.

Deßereich.

emberg, 26. April. Auf Antrag des Abgeordneten Antoniewicz wegen Gleichberechtigung der ruthenischen mit der polnischen Sprache in den Volksschulen Galiziens wurde noch in letzter Stunde vom Unterrichts-Komitee der Bericht vertheilt. Die Kommission beantragte den Übergang zur Tagesordnung. Der Antrag kam jedoch wegen Zeitmangels nicht mehr zur Verhandlung. Sowohl die zur Prüfung der Wirksamkeit des Landesausschusses eingeführte Kontrols-Kommission, als auch der ruthenische Deputierte Antoniewicz haben die Tätigkeit des Landesausschusses, weil derselbe eigenmächtige Landes-Institute freire und willkürliche Stellen besetzt, einer scharfen Kritik unterzogen. Auch das Vorgehen der Landesausschuss-Organen wurde getadelt. Der Berichterstatter der Kontrols-Kommission, Abgeordneter Hosszár, warf dem Landesausschuss vor, daß er Beschlüsse des Landtages wiederholt absichtlich umgehe. Abgeordneter Antoniewicz las den offiziellen Bericht des Inspektors der Landesspitälern vor, in welchem gegen die israelischen und ruthenischen Gemeinderäte von Drohobycz losgezogen und deren Tätigkeit taktlosweise mit ungemeindeten Worten bekrittet wird. Die Anträge der Kontrols-Kommission, denen zufolge dem Landesausschuss verblümt das Misstrauen ausgedrückt und dessen teilweise willkürliche Vorgehen getadelt wird, wurden angenommen. Am Schlusse der Landtagssitzung wurde dem Statthalter und dem

Christus,

Oratorium von Friedrich Kiel.

Nächsten Montag steht Seitens des Hennig'schen Gesangvereins eine Aufführung des „Christus“ von Kiel bevor, wo zu renommirte Gesangskräfte von auswärts rekrutirt worden sind, um den schon seit lange vorbereiteten Chören in den Soli's Würdigstes an die Seite stellen zu können. Ueber die ausübenden Künstler zu sprechen, dürfte die Aufführung selbst die beste Gelegenheit bieten. Heute ist es uns darum zu thun, auf das Werk selbst hinzuweisen und auf Den, der es geschaffen.

Friedrich Kiel, 1821 zu Paderbach geboren und gegenwärtig Professor und Mitglied der musikalischen Sektion der königl. Akademie der Künste zu Berlin, hat schon vor seinem „Christus“ durch ein Requiem für Soli, Chor und Orchester die Aufmerksamkeit der Musikkäfigen und die Kunst einer strenger Kritik an sich erfahren, die sein Requiem als ein Meisterstück bezeichnete. Sein bald darauf gefolgerter „Christus“ hat die Werthschätzung seiner Muse und die günstige Kritik seiner Schöpfungen noch gesteigert und ihn mit als einen für Kirchenkomposition im höheren Sinne Befreiten unserer Zeit anerkannt. Der Inhalt des Oratoriums umfaßt die Leidensgeschichte Christi, vom Einzuge in Jerusalem bis zur Auferstehung, es handelt sich also um ein echtes Passionsdrama. Der Text ist bis auf wenige dem Gesangsbuche entnommene Stellen aus Worten der heiligen Schrift zusammengesetzt. Das Ganze zerfällt in drei Theile. I. Theil: 1) Christi Einzug in Jerusalem, 2) Christi Abendmahl mit seinen Jüngern (die Szenen auf Gethsemane schließen sich an); II. Theil: 3) Petrus verleugnet Christus, 4) Christus vor dem Hohepriester; 5) Christus vor Pilato und die Kreuzigung; III. Theil: 6) Christi Auferstehung. Das Ganze besteht somit aus sechs Hauptszenen in drei größeren Abtheilungen. Als Soli und Chöre treten dramatisch auf: Christus, Pilatus, der Hohepriester, ein Pharisäer, Petrus, Judas, Thomas, die beiden Marien, die beiden Uebelhäder, ein Engel, eine Magd, ein Knecht, die Jünger (Chor) und das jüdische Volk (Chor). Die reflektirende Rolle und das Prophetische, eine aus dem Drama der Alten in unsere Oratorien übergegangene musikalische Erbschaft ähnlich wie auch im „Paulus“ und „Elias“ wird bald durch eine „Stimme“ theils Mezzosopran, theils Tenor, bald auch durch den vollen Chor wiedergegeben. Die Textworte sind fast sämtlich den Propheten, Hoh und den Psalmen entnommen. Wie im „Paulus“ (wach auf ruft uns die Stimme) so findet auch hier der eigentliche Choral seine Verwendung. Nach den Worten Christi „Es ist vollbracht“ thut sich der volle Chor plötzlich als versammelte Gemeinde auf und singt

nach der getragenen Melodie: Wer nur den lieben Gott lädt walten (vom begleitenden Orchester manigfach variiert) die Textesworte: „Mein Jesu stirbt, die Hölle bebet.“

Der Text des Oratoriums ist nicht nur an und für sich klar und bestimmt und für die sich anschmiegenden Harmonien günstig, sondern durch die große Zahl dem Rahmen eingefügter Persönlichkeiten wird das Recitativ möglichst umgangen, gewiß nicht zum Nachteil des Ganzen, das dadurch mancher Monotonie entbunden wird und am dramatischen Schwunge wesentlich gewinnt. Was das Musikalische betrifft, so sind unter den 33 Nummern in die das Ganze zerfällt, sowohl den Solostimmen als den Chören ziemlich paritätisch ihre Aufgaben zugetheilt; daß die Solis eine ziemliche, auch räumliche Rolle spielen, ergibt sich schon aus der Anzahl der angeführten Personen die sie illustrieren, die Chöre sind mannichfach, bald vier- bald fünfstimmig. Gleich die zweite Nummer ist ein großer Doppelchor „Hosanna“, übrigens als solcher der einzige in der ganzen Partitur. Was den Charakter der Musik betrifft, so möge der Hinweis genügen, daß sich Friedrich Kiel namentlich in Seb. Bachs Schule gebildet hat und daß die Manier dieses Meisters im „Christus“ noch deutlicher durchblickt als in seinen früheren Werken. Indem wir vom durchblicken sprechen, wollen wir andeuten, daß Kiel zwar Bachs Pfade wandelt, aber bei voller persönlicher Freiheit und unterthan der modernen Entwicklung der Musik die sich namentlich in der freieren Melodie und der manichäfigeren Entwicklung des Orchesters wiederspiegelt.

Möge das bedeutende Werk am Montag von Seiten des Publikums recht zahlreich besucht werden.

— g.

Prozeß Elias und Genossen.

Beuthen O.-S., 25. April.

Gestern begannen vor dem Schwurgerichtshofe die Verhandlungen gegen Vincent Elias und Genossen unter dem Vorsitz des Kreisgerichtsdirektors Zweigert aus Rybník, welcher bereits die Schwurgerichtsverhandlung gegen Carl Pistulka und Genossen geleitet hatte. Der Andrang des Publikums zum Empfang von Eintrittskarten für den Zuschauerraum war ein sehr bedeutender gewesen, doch mußten sehr viele Neugierige, ohne ihren Wunsch erreicht zu haben, wieder fortgehen, da nur täglich 80 Karten ausgegeben werden. Die Anlagebank war von beiden Seiten stark mit Militärposten besetzt, während die Eingänge zum Gericht und der Korridor ebenfalls militärisch besetzt waren, so daß jedem Unbefugten der Eintritt verwehrt wurde. Die Posten waren mit scharfgeladenen Gewehren aufgezogen.

Elias und Rosafinschi, welche an den Füßen stark gefesselt waren, verbleiben ihrer Gemeinfährlichkeit wegen, nach dem Beschluss des Richterkollegium auch während der ganzen Dauer der Verhandlung gefesselt. Als Vertheidiger fungiren die Justizräthe Schmiede und

Walter, die Rechtsanwälte Geldner und Jodel, sowie die Referanden Dr. Laskinski und Rosenthal. Die königl. Staatsanwaltschaft ist vertreten durch Staatsanwalt Grashof. Von den angeklagten 30 Personen gehören 26 der katholischen, 2 der evangelischen und 2 der jüdischen Konfession an; 14 von ihnen sind noch nicht bestraft, wogegen die übrigen theils längere, theils geringere Zuchthaus- und Gefängnisstrafen verbüßt haben. Zwei von den weiblichen Angeklagten, die Frauen Hajok und Berger, haben Säuglinge bei sich. Es begann die Verlehung der Anklage in deutscher Sprache, welche mit Unterbrechung von 5 Minuten Pause 4 Stunden beansprucht; die Verlehung in polnischer Sprache dauerte noch länger. Hierach ist die Sachlage folgende:

Seit Mai 1873 bis Ende April 1875 war Oberschlesien und das benachbarte Oesterreich durch fortwährende Mordthaten, Räuberreien und Diebstähle, welche mit der größten Leidenschaft und mit bewaffneter Hand ausgeführt wurden, in fieberhafte Aufregung und Angst versetzt. Der erste Aufführer dieser Bande war der gefürchtete Pistulka, der intime Burenfreund des jetzt vor Gericht stehenden Vincent Elias.

Als es endlich gelungen war, Pistulka nebst 7 seiner Raubgefährten einzufangen, von denen einer sich selbst im Gefängnisse entlebt und Pistulka am 25. Juni v. J. zum Tode und seine Genossen zu schweren Kerkerstrafen verurtheilt waren, trat Vincent Elias an die Spitze der Bande.

Er ist aus dem Dorfe Malino, Kreis Oppeln, gebürtig, 28 Jahr alt, von ziemlich großer Figur, sein Gesicht verräth eine gewisse Intelligenz und sein ganzes Benehmen ist vollständig verschieden von dem seines wilden Freunde Pistulka, dem man den verwegenen Räuber auf den ersten Blick anfaßt. Elias erlernte zuerst die Fleischerprofession, wendete derselbe jedoch später gänzlich den Rücken und arbeitete sodann als Ziegelstreicher; ihm fehlt am Mittelfinger der rechten Hand das obere Glied, indem er sich vor etwa 8 Jahren mit einer Säge dasselbe so stark verletzt hatte, daß dessen Abnahme erfolgen mußte.

Im Jahre 1870 wurde er zuerst wegen Diebstahls mit 3 Monat Gefängniß, am 18. Febr. 1871 mit 2 Jahr 10 Monat Zuchthaus bestraft. Im Zuchthause zu Ratibor, aus dem er am 9. April 1874 entlassen war, hat er die höhere Verbrecher-Schule durchgemacht und enge Verbindungen mit höchst gefährlichen Verbrennern angeknüpft. Bei seinem Bruder Johann, welcher Ziegelmeister in Jawodzie bei Katowitz war, nahm er zunächst seinen Aufenthalt und betrieb anschließend mit diesem gemeinschaftlich das Ziegelmeistergewerbe, verfügte jedoch mit ihm zusammen kurz nach seiner Ankunft verschiedene Diebstähle in der Umgegend. Nachdem er in Gemeinschaft mit Pistulka und dessen Bande eine ganze Reihe der schwersten Verbrechen bis zu dessen Verhaftung ausgeführt hatte, verschwand er mit seinem Bruder Johann, der auch bis jetzt nicht ermittelt werden kann, aus Jawodzie und trat von da ab an die Spitze der Verbündeten der Pistulka'schen Bande, die er aufs Beste zu organisiren und zu komplettern verstanden hat. Vorzüglich hatte er anfänglich sein Augenmerk auf die Befreiung seines Burenfreundes Pistulka gerichtet und mit seinen Genossen auf dem Sylvesterball im Lederschen Gasthause in Zaborze die Pläne zu dessen Befreiung entworfen. Zu dieser

Landmarschall für ihr unparteiisches Wirken seitens der Ruhmreiche eine besondere Ovation dargebracht.

Frankreich.

Paris. 24. April. Bevor die Pariser das Benefiz, welches sie sich aus dem Fremdenbesuch bei der großen Ausstellung von 1878 versprechen, einheimsen, müssen sie sich noch bedeutende Opfer aufzulegen. Es gilt, die Stadt noch mehr zu verschönern und in Stand zu setzen, damit ihr Ruf als elegante Hauptstadt der Welt behauptet werde. Eine offiziöse Note, welche, wie der „R. Z.“ von hier berichtet wird, Herr Bessard vom Preßbureau an alle Blätter gefandt hat, berichtet, daß der Seine-Präfekt dem Municipalrat eine Auseihe von 120 Mill. vorzuschlagen gedenkt. Es handelt sich darum, die Avenue de l'Opéra, welche die neue Oper mit dem Theater Francais verbinden soll, zu vollenden, das Hotel Dieu fertig zu bauen und die Kathedrale von Notre-Dame von den alten Gebäuden, die sie umgeben, zu befreien. Ferner die Magazine von Bercy neu zu bauen, welche sich bei der letzten Überschwemmung als ungenügend erwiesen haben. Zu diesen großen Unternehmungen werden dann noch kleinere kommen, wie die Vollendung der Rue de Reines, um die Station von Montparnasse direkt mit den Quais zu verbinden, die Fortsetzung der Boulevards Saint Germain und Parmentier und andere mehr. Es scheint fast unmöglich, alle diese Arbeiten bis zum Mai 1878 zu vollenden, wie eifrig man sie auch betreiben mag, und es ist gar nicht unwahrscheinlich, daß die Fremden anstatt neuer Verbindungsstraßen Kommunikationen im Innern von Paris halbzerstört und halbwiedererbaute Stadtviertel antreffen werden. Das ist der Einwurf, den viele Municipalräte gegen das Projekt des Seine-Präfekten erheben. — Endlich hat sich auch einmal ein Oberst gefunden, welcher dem Treiben der Regiments-Almoseniers offen entgegenzutreten wagt. Dieselben verbreiten seit einiger Zeit in den Kasernen eine Flugschrift, welche den Titel führt: „Le soldat sans religion“, und in welcher alle Militärs, die den Syllabus nicht anerkennen wollen, auf alle mögliche Weise beschimpft werden. Dies war dem Obersten des in Vorient liegenden 62. Regiments doch zu stark und er erließ folgenden Tagesbefehl: „Die Schrift „Le soldat sans religion“, soll sofort aus den Kasernen beseitigt werden. Der Verfasser hat seinen Zweck nicht erreicht. Es erregt nur Ekel, daß er mit seiner giftigen Feder ein Wesen beschrieb, welches sein kranker Geist sich in einem Anfall von Wahnsinn schuf. Wie konnte ein Mann in einer Weise, wie er es gethan, die französische Uniform schänden? Derselbe weiß nicht, wie achtungswert eine Armee ist, deren Wahlspruch immer war und sein wird: Gehorsam, Einheit, Geduld, Mäßigung, Aufopferung und Barmherzigkeit.“ Die Sprache des Obersten ist jedenfalls tapfer, da er im voraus wissen konnte, daß er sich durch sein Auftreten gegen das von der päpstlichen Nunziatur gebilligte Traktat den ganzen Klerikalen Troß auf den Hals laden werde.

Paris. 25. April. Das „Journal officiel“ veröffentlicht das von der Weltausstellungskommission festgestellte nähere Programm für das bereits angekündigte Preisauftschreiben. Der wesentliche Inhalt dieses Programms ist, wie der „R. Z.“ berichtet wird, folgender:

Die Ausstellung, welche am 1. Mai 1878 zu Paris eröffnet werden soll, soll sich über das Marsfeld und die unbebauten Terrains des Trocadero erstrecken. Der bedeckte Raum soll 270,000 Quadratmeter einnehmen, nämlich 220,000 auf dem Marsfeld und 50,000 auf dem Trocadero. Der Ausstellungspalast auf dem Marsfeld soll in Eisen gebaut und mit Mauerwerk gefüllt sein und die Anordnung einer pythagoräischen Tafel haben, so zwar, daß man einer und derselben Richtung folgend die Erzeugnisse derselben Art, der entgegengesetzten Richtung folgend die Erzeugnisse nach den Nationalitäten beobachten kann. Die einzelnen Fächer müssen so gleichmäßig konstruiert sein, daß sie in kürzester Frist wieder abgetragen und noch für andere Zwecke verwendet werden können. Im Zentrum des bedeckten Raumes des Marsfeldes soll die Ausstellung der schönen Künste und Kunstgewerbe, allenfalls auch eine retrospektive Ausstellung ihren Platz finden. Das Marsfeld soll mit dem Trocadero durch eine bedeckte

Gallerie verbunden werden, welche die Quais und die Seine-Brücke überwölben und den Verkehr für Wagen und Fußgänger auf Quais und Brücke frei lassen wird. Der Trocadero soll die Land- und Gartenbau-Gegenstände, die Haustiere, die Modelle für Bergbetrieb, Fluss- und See-Schiffahrt, Heizung und Lüftung aufnehmen. Auf dem Gipfel des Trocadero soll sich ein auf 10,000 Personen berechneter Saal erheben, der für die Feierlichkeiten der Eröffnung und Preisverteilung, für Konzerte und öffentliche Vorträge bestimmt ist und von den Ausstellern auch mit Kunstgegenständen geschmückt werden darf. Die Restaurants und Cafés sollen nicht im eigentlichen Umkreise der Ausstellung ihren Platz finden, sondern in Gärten, sei es vor der Ecole militaire oder längs der Seine und auf den freien Plätzen des Trocadero. Die an der Hand dieser allgemeinen Vorschriften entworfenen Pläne nebst Preisanschlägen sind bis zum 15. Mai d. J. einzureichen; sie werden dann fünf Tage ausgestellt und darauf von der Kommission geprüft werden. Für die besten Pläne sind ein Preis von 5000, einer von 3000 und drei von je 2000 Fr. ausgesetzt. Die Ausstellung soll, wie zur Orientierung der Architekten noch hinzugefügt wird, aus zwanzig Gruppen bestehen, die sich auf zehn Gallerien verteilen sollen.

Türkei und Donaufürstenthämer

Die Pazifikationsbestrebungen der, wie allseitig versichert wird, in vollem Einvernehmen handelnden Mächte gipfelt zunächst in den Versuchen einen Waffenstillstand herzustellen, der als nothwendige Vorstufe jeder weiteren Einwirkung vorausgehen muß. Mittlerweile dauern Truppenausschüttungen in Klef, sowie Rüstungen der Pforte noch fort, doch dürfte deren Umsfang durch den steten Geldmangel in den ziemlich erschöpften Staatskassen eng begrenzt werden. Das Gros der Insurgenten hält noch immer beim Dugapak, zwischen Niksic und Krstac, um einer eventuell von Muhtar Pascha einzuleitenden Expedition nach Niksic entgegentreten zu können. Die in Bosnien operirende Schaar Golub's, die mehrere Tausend Mann beträgt, hat neuerdings eine Vermehrung an Artilleriematerial erhalten und hat die Beschleierung von Grobowo begonnen. Während Golub hier operirt, geben die anderen Anführer konzentrisch vor. Alle operiren nach einem Plane und verfolgen denselben Zweck: so rasch als möglich Serajewo zu erreichen. Verschiedene kleinere Ortschaften, die sich bereits in einer ähnlichen Lage wie Niksic befinden, werden von ihnen belagert.

Bezüglich der serbischen Rüstungen geht der „R. Fr. Presse“ ein Privathilfes aus Belgrad zu, in welchem gemeldet wird, daß der amerikanische General und Waffenfabrikant Verdan 60,000 Chassepotgewehre, welche er in Berlin gekauft, der serbischen Regierung überlassen hat. Herr Verdan hat der serbischen Regierung die Begünstigung eingeräumt, diese Waffen nicht sogleich, sondern erst nach sechs Jahren, also bis zum Jahre 1882, bezahlen zu müssen. Aus Sofia wird von neuen Durchmärschen von türkischen Truppen, welche nach Niksic bestimmt sind, berichtet. Am 19. d. ist die Tête des fünften Armeecorps, dessen Hauptquartier sonst Damaskus ist, mit vier Kavalleriebataillonen in Sofia angelangt. Diese Truppen sollen in einigen Tagen nach Niksic abrücken, um für ein zweites Echelon Platz zu machen. Das Aussehen dieser asiatischen Truppen wird als nicht besonders gut geschildert. Die Mannschaften sehen in Folge der überstandenen Marschstrapazen sehr ermüdet aus, auch läßt deren Uniform Manches zu wünschen übrig; nichtsdestoweniger ist die Disziplin und Subordination derselben über alles Lob erhaben. Schließlich sei noch erwähnt, daß der Transport von Proviant nach dem Lager bei Niksic fortduert.

Wiener Blätter erhalten ein Telegramm aus Lemberg, wonach „sämtliche polnischen Blätter“ die Glaubwürdigkeit der Meldung von der Bildung einer polnischen Legion für die Insurrektion in der Herzegowina in Abrede stellen, obwohl die Meldung von einem wiener Korrespondenten der „Gazeta Narodowa“ bestätigt wird. Die „Gazeta Narodowa“ bezeichnet ein derartiges Projekt, dessen Ausführung sowohl Österreich als Russland nie gestatten würden, für unsinnig. Diese Bezeichnung ist allerdings richtig, bietet jedoch leider keine Gewähr, daß das Unsinnige nicht schließlich doch geschehen könnte.

Zeit verfehrte er viel bei den Kohlenmesser Wrobel'schen Chelten in Antonienhütte und bei den Chelten Kaprol in Nuda, während er seinen Hauptzis in Zaborze bei den Zimmerhäusern Karwinstischen Chelten, die ein Haus in der Nähe des Waldes besaßen, aufgeschlagen hatte. In diesem Hause wohnte auch der Viehhändler Richter mit seiner Frau, deren Bekanntschaft er durch einen seiner verwegsten Spießkunst Kolafinski, auch Kempinski genannt, einem polnischen Überläufer, gemacht hatte. Durch letzteren machte Elias auch die Bekanntschaft mit dem Hausbesitzer Hajok in Dorotheendorf. Nach der Ermordung des Kohlenmesser Wrobel hielt sich E. auch öfter bei seiner Geliebten, der Witwe Wrobel in Antonienhütte, bei Hajok und auch bei den Männer Hettwer'schen Chelten in Beuthen auf. Ferner hat er öfter bei Kaprol in Nuda und den Chelten Przybilla in Laurahütte gehaust, bis er später seinen Wohnsitz in ein dicht an der Nudauer Forst gelegenes Haus, welches der Bergmann Simon'schen Chelten bewohnt, verlegte. Zu seiner Bande gehörten hauptsächlich: Kolafinski, Józ. Elias, der Arbeiter Arnold Lukas, der Maler Ligischinski, die Buchbinder Mandarla und Krawczyk und Karwinski. Mandarla, am 4. Juni 1873 aus dem Zuchthaus entlassen, brachte Elias zu Simon's ins Quartier; Krawczyk, am 20. Juli 1875 aus dem Zuchthaus entlassen und von Elias mit guten Kleidungsstücken und Geld versehen, wurde von demselben bei Karwinski eingekwartiert. Der Maler Ligischinski führte dagegen Elias bei den Hettwer'schen Chelten in Beuthen ein.

Wenn größere Diebstähle ausgeführt werden sollten, mußte Richter die einzelnen Mitglieder der Bande zu den bekannten Versammlungsorten am Bahnwärterhause am rudaer Walde bei Poremba oder an einer Ecke des rudaer Waldes, auf den Bahnhöfen in Morgenroth, Nuda oder Zaborze bestellen. Elias vertheilte dann nach Mittheilung des von ihm entworfenen Planes die einzelnen Rollen, übernahm jedoch stets für sich den gefährlichsten Posten, nahm aber auch den Löwenanteil von der Beute für sich in Anspruch. Durch seinen überlegenen Verstand, seine Kühnheit und seine Energie wußte er sich den blinden Gehörigen seiner Genossen zu erhalten, namentlich als er einmal im Walde mit seinem Revolver auf Lukas, der nicht blindlings gehorchen wollte, geschossen und denselben verwundet hatte. Elias, ein großer Günstling des weiblichen Geschlechts, hatte verschiedene Geliebte, die er sich durch Übereichung wertvoller Geschenke für seine Zwecke nutzbar zu machen verstand.

Die endliche Verhaftung des Vincent Elias erfolgte am 2. Oktober 1875 in Folge einer Mittheilung in der Simon'schen Wohnung in Zaborze durch den damaligen Amtsvoivode Köppen aus Zaborze, welcher das Haus umgingen ließ. Er segte in Hemdärmeln, ohne Kopf- und Fußbekleidung mit einem Revolver bewaffnet durch das geschlossene Fenster in den Garten, wobei er zwei Scheiben und eine Fensterprosse zertrümmerte und suchte durch einen Sprung über den 5 Fuß hohen Stufenzaun den Wald zu gewinnen, wurde jedoch von Köppen mit einem Schrotzusammen den Wald zu gewinnen, wurde jedoch von Köppen mit einem Schrotzusammen niedergeschossen und gefangen genommen. Bei der sofort vorgenommenen Haftsuchung wurde im Stalle unter Stroh versteckt auch Kolafinski entdeckt und festgenommen. In kurzer Aufeinanderfolge gelang es denn, auch die übrigen Mitglieder der Bande bis auf Joachim Elias und Krawczyk zu verhaften. Obgleich Elias schwer verwundet in das hiesige Gerichtsgefängnis eingeliefert war, so ließ sein unruhiger Geist ihn nicht zur Ruhe kom-

Gabriel Wesselitsky, der bekannte Vermittler zwischen den Aufständischen und den Großmächten, erhielt von den Ersteren zur Übermittelung an Letztere eine Erklärung, in welcher folgende Forderungen aufgestellt werden:

- 1) Das herzogowinisch-christliche Volk muß wenigstens ein Drittel des Bodens zu eigen bekommen, nicht allein, weil derselbe gegen Recht und Gesetz mit Gewalt in Besitz und Nutznießung der Türken ist, sondern auch darum, weil ohne so viel Eigentum das herzogowinisch-christliche Volk außer Stande ist, zu leben, und es darum vorzieht, lieber zu Grunde zu gehen, als zu einem Datein zurückzufahren, in welchem kein Leben möglich ist.
- 2) Die Türkei muß für immer aus der Herzegowina ihre Armeen entfernen und nur so viel im Lande belassen, als zu Garnisonen von Nöthen ist, und dies nur in folgenden Orten: Mostar, Stolac, Trebinje, Nitric, Plešje, Foca.
- 3) Die Türkei baue allen christlichen Familien die eingearbeiteten Häuser und Kirchen auf und gebe ihnen wenigstens für ein Jahr Lebensmittel und die Geräte für Landbau, und sollen die christlichen Familien gar keine Abgaben zahlen drei Jahre hindurch, vom Tage der Rückkehr an gerechnet.
- 4) Das herzogowinisch-christliche Volk wird die Waffen nicht niederlegen, so lange nicht zuerst alle Mahomedaner sie abgelegt haben und bis die versprochenen Reformen vollenndet durchgeführt sind.
- 5) Wird verlangt, daß, falls das ganze herzogowinisch-christliche Volk zurückkehrt, seine Führer über die Ausführung der Reformen mit den Behörden verhandeln, und daß sie insgesamt eine Konstitution („prava“) schaffen, welche entsprechend wäre dem Sinne des Reformprojekts des Grafen Andras; daß diese Reformen allgemein eingeführt werden, auch in jenen Geschlechtern („plemena“, Familien, Gemeinden) ganz Bosniens und Herzegowinas, welche noch nicht aufständisch sind.
- 6) Dass das Geld, welches die Pforte bestimmt würde für das herzogowinisch-christliche Volk, nicht in die Hände der türkischen Beamten fällt, sondern unter die unmittelbare Aufsicht einer europäischen Kommission gestellt wird, die es zum Wiederaufbau der Kirchen und Häuser, sowie zur Anschaffung der Hausgeräte verwenden und vor der Rückkehr der geflüchteten Familien einige Hauptmagazine mit allem Nothwendigen errichten soll.
- 7) Dass das Land, in dem die sechs Garnisonsorten die Regierungen Österreichs und Russlands je einen Agenten bestellen, welche darüber zu wachen haben, daß die Reformen vollkommen ausgeführt werden.

Parlamentarische Nachrichten.

* **Berlin.** 27. April. Die in dem Bericht über die heutige Sitzung des Abgeordnetenhauses bereits erwähnte Rede des Abgeordneten gegen die Eisenbahnen vorlage lautet wie folgt:

Ich bin erstaunt gewesen, die Bedeutung der Vorlage durch den Hba. Lasfer auf etwas rein formales zurückgeführt zu sehen. Im Eifer der Vereidigung ist ihm aber das Unglück passirt, daß er gleich darauf die politischen Gesichtspunkte als diejenigen bezeichnet hat, welche ihn bestimmten, für dieselbe zu stimmen. Er hat das weitere Unglück gehabt, daß von dem unmittelbar nach ihm sprechenden Minister das direkte Gegenteil ihm entgegengehalten wurde, indem er erklärte, man möge nur die wirtschaftliche Seite der Frage im Auge behalten. Die Motive zu der Vorlage sind als solche bezeichnet worden, die grade die gegenwärtige Überzeugung von der vorvorigen, die sie vorvorgestellt sollten; mir scheinen sie für einen andern Gesetzesentwurf geschrieben worden zu sein, als für den, dem sie beigegeben sind, nämlich zu einem Gesetzesentwurf, betreffend den Anlauf sämtlicher Privatbahnen durch den Staat und die demnächstige Übertragung sämtlicher Bahnen an das Reich. Bei einer Abtreitung der preußischen Bahnen an das Reich sind 3 Alternativen möglich: entweder ungeschwächte Fortsetzung der preußischen Traditionen oder aber Verminderung der bisherigen wohlwollenden Einwirkungen der preußischen Regierung gegenüber den Privatbahnen, oder aber endlich gestärkte Begünstigung der Privatbahnen. Der erste Zweck erfordert nicht eine so kolossale Operation, während die beiden anderen Alternativen gleich ungerecht und verwerthlich sind. Die Vorlage soll die Macht des Reiches stärken, nichts ist aber mehr als gerade sie geeignet, berechtigten und unberechtigten Partikularismus wachzurufen oder zu steigern, der, aus der Stammesverschiedenheit hervorgegangen, auch nicht in dem Glühofen des allerheiligsten Reichsbundes zu vernichten ist. Zu gleicher Zeit mit dieser Vorlage stellt die Regierung die Anforderung an uns, noch eine Anzahl Privatbahnen für Preußen anzukaufen, um diese neue Serie gleichfalls auf dem Reichsalter niedezulegen. Hat die Regierung etwa die Idee, dem Reich für diese Bahnen eine andere Zahlung zuzumuten, als uns die Privatbahnen gegenüber? Doch wohl kaum! Wie kommt dann aber die preußische Regierung dazu, den Preis, den das Reich zahlen soll, mit uns hier zu vereinbaren? Dem preußischen Staat bleibt nach der Vorlage auch nach der Abtreitung das Recht, neue

einem Messer den Hals zu durchschneiden, um hierdurch seinem Leben ein Ende zu bereiten. Nachdem ein ungeahnt herbeigeholter Arzt dem Schwerverletzten den erforderlichen ersten Verband angelegt hatte, wurde seine Überführung nach der in der Ziegelstraße belegten kgl. Klinik bewirkt. Mr. ist verheirathet und Vater von vier noch unmündigen Kindern.

Die 5½ Jahre alte Tochter des Kaufmanns Müller, Engel-Ufer 5, verschlachte, der „Trib.“ zufolge, am Sonnabend voriger Woche Abends beim Spielen eine stählerne, etwa 2 Zoll lange Tschabadel mit schwarzen Glaspunkten von der Größe einer Kaffebohne. Entgegen der Ansicht der Eltern, sofort abführende Mittel anzuwenden, verordnete der konsultierte Arzt, Dr. Stern in der Köpniickerstraße, sofortige Anwendung breiförmiger Speisen, also Kartoffelpüree, Haferbrei, geeignet, den verschluckten Gegenstand einzuhüllen und unfähig zu machen, auf seiner Wanderung die Darmwände des Kindes zu verletzen. Mit welcher Angst und Sorge erwarteten die Eltern den Ausgang dieses Unglücksfalles! Da endlich am Dienstag gegen Abend kam die Adel, vollständig eingehüllt in die schützenden Extremante, schwarz angelaufen wieder an das Tageslicht.

Gestern früh trafen auf dem hiesigen hamburgischen Bahnhofe aus Hamburg Alusman derer hier ein, welche vor wenigen Tagen aus Galizien ihre Auswanderungsreise nach Amerika angestritten hatten, aber ohne die Mittel zur Weiterreise waren. Die armen Leute waren, wie die „N. Pr. Btg.“ bemerkte, sehr dürrig gekleidet; sie führten viele Kinder bei sich und einige gingen, 36 an der Zahl, zum österreichischen Botschafter, damit dieser die nötigen Mittel zur Rückreise nach der Heimat vorstelle. Als der Feldmarschall Graf Wrangel vom Fenster seiner nahe der Botschaft belegten Wohnung der armen Leute ansichtig wurde, ließ er ihnen Nahrungsmittel und Geld reichen.

Es wurde kürzlich mitgetheilt, daß sich unter den hiesigen Dienstleuten auch ein Theologe befände. Ebenso interessant dürften einige Mittheilungen über einen Wichtiger sein, der bald hier, bald da auf den Straßen Berlins, namentlich aber im Lustgarten Sitzung nimmt. Schon der Vorname Adolar, den B. trägt, weist auf eine bessere Herkunft. In der That entstammt B. wie der B. C. erzählt, einer reichen Berliner Familie, deren eigentlicher Stammherr ein Berliner Schneidermeister war. Als der Vater B.'s im Jahre 1846 starb, hinterließ er dem Sohne außer zwei Häusern ein Baarvermögen von nahezu 200,000 Thlrn., mit dem der Erbe schleunigst zur Anlegung eines Privat-Harems schritt. Unter diesen Umständen schmolz denn auch bald das in Hypotheken angelegte Vermögen zusammen, so daß B. sich nach Käufern für seine Häuser umsehen mußte. Mit dem Reste des bedeutenden Vermögens wanderte B. 1862 erst nach Newyork, dann nach San Francisco aus, von wo er 6 Jahre später einiger Forderungen aus besseren Zeiten wurde es ihm möglich, ein Keller-Büro für ein Geschäft zu etablieren, das er jedoch bei Ausbruch des deutsch-französischen Krieges aufgab, um als Marktführer der Armeen nach Frankreich zu folgen. Vollständig verarmt kehrte er hier zurück und – Hunger thut weh – ergriff er nunmehr das Wichtiger-Geschäft. B. steht allein und trägt mit Resignation sein Geschick.

Staatsbahnen zu bauen und Privatbahnen zu konzessionieren, damit wahrt sich Preußen das Recht, neben den abgetretenen preußischen Staatsbahnen die allerwirkamsten Konkurrenzbahnen zu bauen. Um zu zeigen, was das bedeutet, in welcher Lage dadurch Reichseisenbahnen kommen können, nenne ich nur die Namen Berlin-Lehrte und Berlin-Potsdam; das Deutsche Reich wird aber trotz seiner höheren Majestät nicht für berechtigt erklärt, irgend eine neue Bahn auf preußischem Gebiet zu bauen. Bei der Gegenüberstellung dieser beiden Eventualitäten kann von einer wirklichen Wahrnehmung der deutschen Interessen nicht die Rede sein; vielmehr können die ernstesten Befürchtungen in das Gesamtinteresse übertragen werden; das Jahr 1866 sollte uns doch als Warnung stets vor schweben. Daß durch die Annahme der Vorlage seitens des preußischen Landtags ein Druck ausgeübt werden soll, liegt auf der Hand; der Bundesrat wird trotzdem, wenn er noch gewillt ist, das wahre wirkliche Interesse des deutschen Reiches zu vertreten, die Vorlage ablehnen müssen. Es wird nicht die Autorisation zum Abschluß eines Vertrages gefordert, sondern mehrerer Verträge, über jeden einzelnen der fünf Punkte der Vorlage soll ein Vertrag geschlossen werden. Nun soll der Vorbehalt der Genehmigung des preußischen Landtags für die Verträge sub 1, 2 und 4 bestehen, das sind nämlich die Verträge, wodurch die fiskalischen Rechte des Staates Preußen an das Reich gegen Zahlung abgetreten werden, ein Vorbehalt wird aber nicht gemacht hinsichtlich der Verträge sub 2 und 6, wo von dem Eisenbahn-Aufsichtsrecht und sonstigen staatlichen Rechten gehandelt wird. In einer solchen Stellung kann sich der preußische Landtag nicht bringen lassen, er würde sich selbst fesseln, man würde uns sagen: das Aufsichtsrecht des Reiches kann nur ein gesundes sein, wenn die Aufsichtsbehörde auch die Verwaltung hat. Ebensoviel kann in militärischer Beziehung gewonnen werden, denn schon jetzt sind die preußischen Staatsbahnen in der Hand des obersten Kriegsberaters des Deutschen Reiches. Werwerfen Sie eine mit dem nationalen Geist unverträgliche Zentralisierung; die Vortheile, die man zu erreichen hofft, können auch ohne dieselbe erreicht werden, denn der Reichstag wird immer die Hand dazu bieten, die Art. 41–47 der Verfassung auszuführen. Nichts hat mich mehr gewundert als die geistige Aeußerung des Herrn Reichskanzlers über die erfolglose Thätigkeit des Reichseisenbahnamtes, namentlich in Folge der Remonstrationen des preußischen Handelsministers, der dem nicht widersprochen. Nach den Aeußerungen der Vertreter der anderen Staaten auf der Eisenbahnkonferenz scheint mir eine Durchführung der Art. 41–47 der Reichsverfassung sehr wohl möglich.

Lokales und Provinzielles.

Posen 28 April.

r. In Betreff der kirchlichen Verhältnisse in der Provinz Posen im Jahre 1875 hat das kgl. Konsistorium im Amtsblatt eine statistische Tabelle veröffentlicht, deren Vergleichung mit den Tabellen früherer Jahre folgendes Resultat ergibt:

Zu den sämtlichen evangelischen Gemeinden der Provinz sind 20,869 Taufen vorgenommen, gegen 21,500 Geburten in den Jahren 1873 und 1874 und 22,000 im Jahre 1872. Die Abnahme in den Jahren erklärt sich nur zum Theil daraus, daß vor dem 1. Oktober 1874 in die Geburtsregister auch die todgeborenen Kinder eingetragen wurden, während im Jahre 1875 nur die Taufen in dem betreffenden Register notirt werden. Von 11,119 Kindern gegen 11,600 resp. 12,000 in den 3 Vorjahren. Die Zahl der Trauungen bleibt erheblicher gegen die letzten Jahre zurück, indem nur 3911 Paare kirchlich getraut sind, gegen 4500, resp. 4900 und 5400 in den Vorjahren. Dagegen ist die Zahl der Sühneversuche sehr erheblich gestiegen, von 120 resp. 148 auf 303. Auch die Kommunikantenzahl ist in bedeutendem Niedergange begriffen, indem sie von 337,000 im Jahre 1872 nunmehr auf 302,000 gefallen ist. Zu den Begräbnissen wurden bis ultimo 1874 die Todesfälle gezählt, während vom 1. Januar 1875 nur die Beerdigungen mit kirchlicher Begleitung in die Tabelle aufgenommen worden sind. Von diesen sind 7184 vorgenommen, d. h. bei etwa der Hälfte aller Begräbnisse wurde die kirchliche Begleitung gewünscht. Im Allgemeinen ist also außer bei den Sühneversuchen eine Steigerung nicht zu bemerken.

— Über die am 24. d. M. in Gnesen abgehaltene polnische Wählerversammlung, welche, wie unser Korrespondent bereits gemeldet hat, in Folge der tumultuarischen Verhandlungen zwischen der liberalen und der ultramontanen Partei polizeilich aufgelöst werden mußte, bringt der "Kurier" einen fast dramatisch gehaltenen Bericht von vollen 4 Seiten. Wir entnehmen daraus Folgendes:

Zum Vorsitzenden der Versammlung wurde auf Antrag des Propstes Dr. Wartenberg aus Pawlowo Herr v. Dlugoszki durch Akklamation gewählt; als indeß Herr v. Bierbicki auftrat und erklärte, daß man Herrn v. Kuczowski wählen müsse, da er sich auf die Sitzung „besonders vorbereitet habe“ verzichtete. Herr v. Dlugoszki in bescheidener Weise auf das Amt und man wählte Herrn v. Kuczowski. Hierauf wurde der erste Gegenstand der Tagesordnung, die Ergänzung des Kreis-Wahlkomitees durch die Wahl von drei Mitgliedern berathen, wobei es zu einer lebhaften Debatte kam, indem sich die ultramontanen Redner, Bifar Dr. Lukowski und Dr. Wartenberg gegen eine Ergänzungswahl erklärten. Schließlich einigte man sich und wählte neben den alten Mitgliedern v. Dlugoszki und v. Bierbicki die Herren Jordan, Propst Dr. Wartenberg und den Propst Walkowiak, der sich auf Seiten der Liberalen gestellt hatte. Hierauf schritt man zum zweiten Gegenstand der Tagesordnung, der Wahl eines Delegirten. Der Korrespondent des "Kurier" meint, daß während bisher die Verhandlungen noch einigermaßen ruhig gewesen wären, sie nun so widerwärtig wurden, daß er lieber davon schweigen möchte, wenn er nicht aus Rücksicht auf das Publikum das Verfahren der Liberalen bekannt machen wollte. Nach einer sehr erregten Debatte, an welcher von Seiten der ultramontanen Partei Propst Dr. Wartenberg, der Bifar Lukowski und der Propst Budzialik, von Seiten der Gegnerpartei Herr Jordan und Propst Walkowiak (über welchen der Klerikale "Kurier" die Schale seines Zornes ausgießt) teilnahmen und in der es sich vorzüglich darum handelte, ob dem Delegirten von der Versammlung Instruktionen gegeben werden sollten, stellte Propst Wartenberg den Antrag, zuerst über das neue Wahlreglement zu berathen und dann den Delegirten zu wählen. Von Seiten des Herrn Jordan wurde der Antrag gestellt, ohne Weiteres einen Delegirten zu wählen. Ohne um das Wort zu bitten, wurde nun von verschiedenen Liberalen geschiehen, man solle Herrn Jordan und Herrn v. Bierbicki wählen. Daraufhin verlangte Propst Budzialik das Wort und stellte ultramontanerseits den Propst Dr. Wartenberg zur Wahl, während er die Wahl des Stellvertreters der Gegnerpartei anheimstellen wollte. Man schrie liberalerseits: v. Bierbicki. Indes verlangten jetzt Herr Jordan und Propst Wartenberg, daß zuvor über ihre Anträge abgestimmt würde. Da jedoch die Anträge vom Sekretär nicht aufgezeichnet waren, so kam es nicht dazu, statt dessen stellte der Vorsitzende Herr v. Kuczowski den Antrag: „Ob ein Delegat gewählt und ihm bei Beurathung des Wahlreglements Instruktionen erteilt werden sollen.“ Hierdurch entstand eine solche Verwirrung der Gemüther, daß verschiedene ultramontane Parteigänger aus den unteren Ständen sich durch Handaufheben für den liberalen Antrag erklärten, da sie nicht wußten, um was es sich handle. Um nun die verirrten Gläubigen wieder auf den rechten Weg zu führen, wollte Propst Wartenberg die Klarheit des Antrages und die Zahlung bemängeln und bat um das Wort zur Tagesordnung, welches ihm jedoch der Vorsitzende in herber Weise abschlug. Propst Wartenberg wandte sich nun an die Versammlung, welche ihm durch Akklamation unter dem Widerspruch der Minorität das Wort ertheilte; trotzdem gestattete der Vorsitzende dem Propste Dr. Wartenberg nicht das Wort.

Propst Wartenberg weist nun nichts destoweniger nach, daß er völlig im Rechte sei, den unklaren Antrag des Herrn v. Kuczowski zu erläutern, durch den bewirkt würde, daß einige gegen den Wartenbergischen Antrag stimmen, während sie sich vorher dafür erklärten. Propst Wartenberg verlangt daher das Wort, widrigfalls er gegen die Genehmigung in allen öffentlichen Blättern aufzutreten werde.“ Herr v. Kuczowski erklärt, daß er sich vor den öffentlichen Blättern nicht scheue. In diesem Augenblick wuchs die allgemeine Aufregung und die Mehrheit der Wähler rief: „Wir wissen nicht um was es sich handelt, mag Propst Dr. Wartenberg sprechen.“ Der Vor. indeß gestattete dem Propst Dr. Wartenberg auch jetzt noch nicht das Wort. Vielleicht hätte sich noch Alles beruhigt, wenn nicht Herr v. Kugler aufgetreten und in leidenschaftlicher Weise dem Propst Wartenberg das Recht abgesprochen hätte, bei der Abstimmung über den Delegirten das Wort zur Tagesordnung zu ergreifen. Propst Wartenberg indessen verlangte, daß Herr v. Kugler das Wort entzogen würde, da er um dasselbe gar nicht gebeten habe. Der Vorsitzende erklärte indeß, daß er Herrn v. Kugler das Wort ertheilt habe, resp. noch ertheile; auf der Rednerliste war sein Name nicht eingetragen. „Bei einer solchen Unterdrückung jeder Gerechtigkeit fingen die Anwesenden an leidenschaftlich zu werden.“ Man schrie aus der Menge: „Propst Wartenberg hat das Wort, wir haben nichts verstanden!“ Der Vorsitzende erklärte jedoch den Versammlungen, „es sei traurig, daß sie nach so vielen Versammlungen nicht verstanden was rechts und links sei, daß sie lesen und schreiben gelernt hätten und so wenig wüßten zu.“ Nach diesen Worten erhob sich ein Schrei in der Enthusiasmus. Leidenschaftliche Stimmen riefen: Man entscheide ihn des Präsidiums, lieber einen Bauern als diesen! Was ist das für ein Lehrer! Propst Wartenberg hat das Wort! Daraufhin führte der Vorsitzende Herr v. Kuczowski nach dem „Kurier“ eine neue Gewaltthat aus, indem er die Versammlung für geschlossen erklärte, wozu er nicht das Recht hatte, da nicht er, sondern das Kreiswahlkomitee die Versammlung berufen hatte. Als Zeemand von den Anwesenden meinte, daß Herr v. Kuczowski die Versammlung unrechtmäßig aufloste und daß diese auch ohne ihn weiter debattieren könne, erhöhl plötzlich die Stimme des anwesenden Polizeikommissarius Herrgott: „Ich löse die Versammlung auf, nach Hause.“ Nach dieser Aufforderung entfernten sich die Anwesenden, indem sie sich sehr über das Verfahren des Herrn v. Kuczowski beklagten.

So stellt der Korrespondent des „Kurier“ die Sache dar. Der „Dziennik Poznański“ bringt ebenfalls einen Bericht über die Wählerversammlung und schreibt alle Schuld an dem unlösamen Vorfall auf den Propst Dr. Wartenberg. Das Blatt meint, daß „dieser Apostel des Friedens eine babylonische Verwirrung hervorgerufen habe“, indem er den Vorsitzenden an seiner Tätigkeit hinderte und trotz der bereits geschlossenen Diskussion fortwährend das Wort ergriff. Trotzdem ihn der Vorsitzende wiederholt zur Ordnung rief, ließ er dennoch nicht von seinen leidenschaftlichen Bestrebungen ab, so daß schließlich die Krise erfolgte. Wir glauben, daß gar kein Zweifel darüber bestehen kann, daß der Hauptredner der Ultramontanen die parlamentarische Disziplin verletzt hat. Dies geht selbst aus dem tendenziösen Bericht des „Kurier“ hervor. Ob die liberalen Leiter der Versammlung die parlamentarische Gewalt in ihrer Hand haben, was einen Milderungsgrund für das Benehmen des ultramontanen Führer abgeben würde, läßt sich aus den Berichten der polnischen Blätter nicht klar erschließen.

— **Polnische Delegirtenwahlen.** Auf einer polnischen Wählerversammlung zu Birnbaum ist Herr Heinrich von Trampezyński zum Delegirten und Herr Ludwig Rutkowski zum Stellvertreter gewählt worden. — Desgleichen fand am 26. d. M. eine polnische Wählerversammlung für den Kreis Buk zu Palenica statt, an der ungefähr 30 Personen, darunter zahlreiche Geistliche, teilnahmen. Den Vorsitz führte der Dekan Heba nowski aus Neustadt b. P. Die Versammlung nahm mit Stimmenmehrheit eine Resolution an, wonach der zu wählende Delegirte auf der Delegirtenversammlung dahin wirken solle, daß statt 12 nur 6 Wahlkandidaten in jedem Wahlkreise aufgestellt würden, und daß das Provinzial-Wahlkomitee durch die Wahlen der Kreise bereits gebunden sei, nicht aber diejenigen „mir nach Möglichkeit berücksichtigen“ solle. Wie man sieht, hatte die ultramontane Partei auf dieser Versammlung die Mehrheit. Zum Delegirten wurde sodann Herr Wladislau von Łącki aus Posadowo, zum Stellvertreter Dekan Heba nowski aus Neustadt b. P. gewählt.

— **Gustav-Adolf-Verein.** Die bereits früher in dieser Zeitung erwähnte Hauptversammlung der Gustav-Adolf-Vereine der Provinz wird voraussichtlich in der Woche vom 11. bis 17. Juni in Bromberg stattfinden. Der hiesige Związek wypłacający in desselben hält am Mittwoch im Sitzungszimmer der Gemeinde-Vertretung der Kreuzkirche seine diesjährige Generalversammlung ab, in welcher der in der Einnahme mit über 700 Mark abschließende Jahresbericht vorgetragen und dechargirt wurde. Aus den übrigen Beschlüssen heben wir hervor, daß in den Vorstand für das kommende Jahr die Mitglieder Superintendent Klette, Pastor Zebn und Kanzeleirath Herrmann, zu Deputirten für die im Juni in Bromberg zu haltende Generalversammlung aller Vereine der Provinz die Mitglieder Superintendent Klette, Pastor Schlecht und Prof. Dr. Tiesler gewählt und der Beschluss gefaßt wurde, hinfört alljährlich jedesmal am Reformationsfest ein Vereinsfest in einer der hiesigen Stadtkirchen zu feiern.

— **Nach dem Impfplane** für die Stadt Posen und die Ortschaften Jerzyce, Mulackshausen, Wilda und St. Lazarus pro 1876, welcher vom Polizeidirektorium veröffentlicht worden ist, finden die Impfungen und Revisionen der Geimpften statt: im VI. Polizei-Revier vom 29. April bis zum 27. Mai, und zwar in der Mittelschule und im Schulhaus zu Jerzyce; im I. Revier vom 27. Mai bis 8. Juli in der städtischen Bürgerschule; im III. Revier vom 16. Juni bis zum 14. Juli in der Schule zu Ober-Wilda, und in der II. Stadtschule (Allerheiligenstraße); im II. Revier vom 20. Juni bis 25. Juli in der I. Stadtschule (El. Gerberstraße); im V. Revier vom 19. Juni bis 24. Juli in der III. Stadtschule (Wallstraße); im IV. Revier vom 22. Juni bis 3. August in der Mittelschule. Eltern, Pflegeeltern und Vormünder sind zur Vermeidung der im § 14 des Impfgesetzes vom 8. April 1874 vorgesehenen Strafen verpflichtet, auf amtliches Erfordern mittelst der vorgeordneten Bescheinigungen den Nachweis zu führen, daß die Impfung ihrer Kinder oder Pflegebefohlenen erfolgt, oder aus einem gezielten Grunde unterblieben ist.

— **Zurückgewiesene Denomination.** Unsere Leser werden sich erinnern, daß unser fraustädter §-Korrespondent unter dem 11. Januar d. J. (Nr. 32 der P. Z.) die Mittheilung machte, daß der Lehrer Nitsche aus der verwaisten kath. Parochie Scharne (Kr. Fraustadt), bei dem Begräbnis eines Tischlers das Gefünte, die Einlegung der Leiche und die Begleitung derselben durch die Schulkinder deswegen verboten habe, weil der Verstorbenen kein katholisch gewesen sei. Ferner sollte auf Befehl des Lehrers das Grab durch den Todengräber an der Stelle hergerichtet werden, wo gewöhnlich die Selbstmörder liegen. — Daraufhin fandte uns Lehrer Nitsche mit der Bitte um Veröffentlichung die Erklärung, daß er gegen unseren Korrespondenten bei der Staatsanwaltschaft den Antrag auf strafrechtliche Verfolgung wegen Verläumung und Beleidigung gestellt habe. Dies war in der That geschehen und der hiesige Staatsanwalt hatte bei dem Kreisgericht in Fraustadt die Untersuchung gegen den Verfasser der Korrespondenz beantragt. Indes ergab sich bei einer am 16. Februar in Fraustadt abgehaltenen Zeugenvernehmung, daß die von unserem Korrespondenten mitgetheilten Thatsachen auf Wahrheit beruhen, welche Aussagen durch die Vernehmung des Todengräbers

am 1. März noch bestätigt wurden. Demgemäß hat nun die hiesige Staatsanwaltschaft den Antrag auf strafrechtliche Verfolgung zurückgewiesen und dem Lehrer Nitsche wegen einer in dem Artikel etw. enthaltenen Beleidigung den Weg der Zivilklage anheimgestellt. Dagegen ist in derselben Angelegenheit von der Regierung gegen den Lehrer Nitsche eine Untersuchung eingeleitet worden. Zum Austrag ist dieselbe bis jetzt noch nicht gekommen, da sich in Folge ultramontaner Wöhlerien neue Unter suchungspunkte gegen den Lehrer Nitsche gefunden haben.

r. In Bezug der neuen Strafe zwischen der Kl. Ritter- und Wallstraße ist, wie bereits mitgetheilt, die Konzentration vornämlich noch von der Allerböhesten Genehmigung zu dem Umtauche von Parzellen abhängig, welche theils an die projektierte Straße angrenzen, theils zur Anlegung dieser Straße benutzt werden sollen. Wir entnehmen in dieser Angelegenheit einem Schreiben des Magistrats Folgendes: Für die Stadt ist die ganze Angelegenheit noch durchaus nicht so weit gefläkt, daß wir schon in die örtliche Abstufung der neuen Strafe und damit in alle Konsequenzen dieses Schrittes eingetreten können. Es fehlt uns vor Allem noch immer die Allerböhesten Genehmigung zu dem, zwischen uns, der Eisenbahn und dem Gouvernement vereinbarten Areal-Austausch vom 24. Februar 1874, welcher allein die Anlage der neuen Straße ermöglicht. Es fehlt uns demnächst noch immer die Zusage der königl. Eisenbahnkommission in rechtlich verbindlicher und klarer Weise, daß sie für sich und die übrigen Strafkomponenten diejenigen Bedingungen annehme, welche wir für die Bismarckstraße aufgestellt haben und welche wir mit dem Bemerkern der königl. Eisenbahnkommission mitgetheilt haben, daß dieselben auch für die neue Strafe im Wesentlichen maßgebend sind und von den Komponenten vorab anerkannt sein müsse. Was sich außerhalb dieser beiden Kardinalpunkte seither zur Förderung der Sache hat thun lassen, ist von uns gern und bereitwillig seither geschehen, da auch wir den Werth neuer Strafanlagen durchaus nicht verkennen. Wir haben vorläufig der Eisenbahnkommission schon die Angriffsnahme ihres auf die neue Strafanlage schon infolgenden Kommissionshauses-Neubaues gestattet, wir haben mit dem königl. Polizeidirektorium ebenso vorläufig die in Aussicht zu nehmende Strafenfluchtlinie vereinbart. In weitere, von nun ab unwiderruflich verbindende Schritte einzutreten sind wir nicht im Stande.“ Seit Erlass dieses Schreibens hat sich nun die Sache insofern gändert, als die königl. Eisenbahnkommission für sich und die übrigen Strafkomponenten im wesentlichen diejenigen Bedingungen angenommen hat, welche vom Magistrat für die Bismarckstraße aufgestellt worden sind. Auch ist, wie man hört, die königl. Eisenbahnkommission auf die Bedingungen eingegangen, daß falls die Allerböhesten Genehmigung zu dem, zwischen Magistrat, Eisenbahn und Gouvernement vereinbarten Areal-Austausche nicht ertheilt werde, sie bereit sei, das inzwischen bereits vollständig Eisenbahn-Kommissionsgebäude wieder abzubrechen. Nachdem auf diese Weise einer der beiden angegebenen Kardinalpunkte erledigt ist, hält der Magistrat, welcher bekanntlich in unserer Stadt gemeinsam mit dem Polizei-Direktorium die Baupolizei übt, in dieser Angelegenheit aber auch die Interessen der Kommune Posen zu vertreten hat, daran fest, daß die Konzentration zu der neuen Strafanlage nicht eher genährt werden könnte, als bis die Allerböhesten Genehmigung zu dem zwischen der Stadt Posen, der Oberleßischen Eisenbahn und dem Gouvernement vereinbarten Areal-Austausche ertheilt ist.

r. An dem ersten deutschen Schmiedetage, welcher, wie bereits mitgetheilt, am 21. d. M. in Magdeburg abgehalten wurde, nahm als Delegirter aus Posen der hiesige Schmiedemeister Martin Theil. Auch in unserer Provinz ist, wie man hört, zur Hebung des Schmiedegewerks die Bildung eines Provinzialvereins in Aussicht genommen, welcher als Korporation ein Glied des „allgemeinen deutschen Schmiedeverbandes“ bilden und aus Lokalvereinen zusammengestellt sein soll. Es würde dies also wohl eine ähnliche Organisation sein, wie sie die Maurer- und Zimmermeister bereits im Bojischen Provinzial-Baugewerkeverein haben, und wie sie neuerdings auch von den Heilgehilfen und Barbieren unserer Stadt und Provin angestrebt wird.

— In Gartnowe (Kreis Bromberg) brannte vor einigen Tagen das dem Käthner Kohlmeyer gehörige Grundstück nieder. Die Entstehungsart des Feuers ist nicht bekannt.

— **Herr Ladnowski** vom polnischen Stadttheater zu Lemberg, tritt morgen (Sonnabend) in das hiesige Theater zum letzten Male auf und zwar in der Rolle des „Macbeth“. Der Künstler, der zu den bedeutendsten polnischen Männer zählt, hat sich hier in seinen Gaffrollen als „Othello“, „Demetrius“, „Hamlet“ zu die lebhaftesten Beifallsbezeugungen des Publikums erworben, unter dem gewöhnlich auch das deutsche Element zahlreich vertreten war. Die morgige Vorstellung wird zum Benefiz des Herrn Ladnowski gegeben.

— **Promotion.** Beihufs Erlangung der philosophischen Doctor-Würde hat am 27. d. M. Herr Adolf Metzner aus Gnesen seine philologische Inaugural-Dissertation: „De Tragicorum Graecorum minorum et anonymorum fragmentis observationes criticae“, in der großen Aula der Universität zu Breslau öffentlich vertheidigt. Als offizielle Opponenten fungierten die Herren: stud. phil. W. Illgen, stud. phil. F. Feuerbach und Referendar G. Adler.

r. Die Restaurierung im Volksgarten-Etablissement ist in dem Termeine, welcher zu diesem Behufe am 26. d. M. durch den Massenverwalter, kgl. Auktionskommissarius Manheimer, anberaumt worden war, auf die Dauer eines halben Jahres, vom 1. Mai d. J. ab, für den Betrag von 584 Thlr. 20 Sgr. an den hiesigen Wasserleitungstechniker Wittthuhn verpachtet worden.

r. Ein alter Bettler, welcher schon mehrmals in der Korrektionsanstalt zu Kosten war und vor einigen Tagen entlassen worden ist, bettelte gestern Mittags wiederum auf der Wilhelmstraße, und widersetzte sich den Anordnungen eines Schuhmannes, welcher ihn wegweis, in so reinster Weise, daß er gebunden und in einer Droschke nach dem Polizeigewahrsam gebracht werden mußte.

— **Überfahren** wurden Mittwoch Abends auf der Dammstraße drei Arbeiter von der Rattat durch ein Fuhrwerk aus Zegre, welches rasch an einem anderen Fuhrwerk, um denselben zuvorzukommen, auf der engen Straße vorbeiführte.

— **Verhaftet** wurde ein Schuhmachergeselle, welcher sich in angebrunen Zustand auf der St. Martinstraße umhertrieb und seiner Frau, die von ihm separiert lebt, von der Straße aus mit Steinen die Fenster einwarf.

— **Siebzähle.** Verhaftet wurde ein Bäckerlehrling von der Halbdorfstraße, welcher seinem Meister seit einiger Zeit mehrere Geldbezüge, die er für Backwaren von den Kunden eingezogen, untergeschlagen hatte. Außerdem hatte der Bürde von seinem Meister 4% M. erhalten, um dafür von einem anderen Bäckermeister Backwaren zu entnehmen; diesen Betrag hat er gleichfalls unterschlagen, ist dann aus der Lehre entlaufen und bei einem anderen Bäckermeister eingetreten.

— **Birnbaum,** 27. April. (Kreistag). Auf dem vor kurzem hier abgehaltenen Kreistage wurde u. A. der Antrag abgelehnt in den 3 Städten Birnbaum, Schwerin und Zirke Kreislaatzrethe zu bauen, da die dazu erforderlichen Geldmittel die Kräfte des Kreises übersteigen würden; ebenso beklagte man, daß eine Erweiterung des hier bereits bestehenden städtischen Lazareths unterbleiben müsse, da bei der lang geftreuten Lage des Kreises dasselbe nicht von dem gewünschten Nutzen für denselben sein würde. In Bezug auf Bewilligung eines Geldbetrages zu einer zu gründenden Kreis-Lehrerbibliothek geht die Ansicht des Kreistages dahin, daß nach Aufbesserung der Lehrergehälter die Lehrer in der Lage sind, sich aus Leihbibliotheken der größeren Städte zu ihrer weiteren Ausbildung erforderlichen resp. wünschenswerthen Bücher selbst zu beschaffen und lehnt ein

Graustadt, 25. April. [Wahl zu Kreisrath.] Kirchlich wurden die ländlichen Vertreter für den Kreistag gewählt. Die Deutschen beteiligten sich fast gar nicht, vielmehr hofft der Bauer, sein Nachbar würde die Pflicht erfüllen. Dagegen erschien Dank der geistlichen Anregungen die polnischen und polonisierten Kreisbewohner nicht ein Mann. Es bewahrheitet sich hier wieder die Sage vom deutschen Michel. Der Bauer will stets vom politischen Gutsbesitzer abhängig sein, als daß er für seine deutsche Ehre einen Gang thut. Aus diesem Grunde sollen auch bei der vorigen Erstwahl für das Abgeordnetenhaus die Polen gesetzt haben. Es war nämlich einzelnen Wahlbürgern darum zu thun, nicht den Zug zu versäumen und deshalb verließen sie das Schlachtfeld und hassen damit dem Feinde zum Siege. (A. A.)

Großostheim, 25. April. [Gewitter. Saaten.] Zur Radikalwahl. In der vergangenen Nacht entlud sich über unsern Ort ein starkes, ziemlich lange anhaltendes Gewitter mit heftigem Regen, trotzdem der gestrige Tag bei starkem Nordwind ein sehr schöner war. Wenn auch die Saaten und Wiesen in Folge der letzten Regengüsse und einzelner warmer Tage im herrlichsten Grün prangen, so leiden sie doch zum Theil noch an den Folgen des letzten Hochwassers. Einzelne Saatfelder sind ganz ausgefault und auf den Wiesen, die nun geräumt werden, erblüht man ganze Reihen hoher Sandhaufen. Namentlich hat das Wasser auf den an der Chaussee von Dubin nach Ratzsch liegenden Feldern und Wiesen, so wie auch an der Chaussee selbst arge Verwüstungen angerichtet. — Vorgestern versuchten einige hiesige Lehrlinge in der Nähe der Stadt mit einer Pistole Schießübungen anzustellen, wobei einem der Knaben die eine Hand samt dem Daumen stark beschädigt wurde. — Ergänzend den Bericht über die in dem Dorfe R. vorgenommene „Radikalfür“ an der Auszugslerwittwe J. sei mitgetheilt, daß bei der Seizirung der Leiche konstatiert wurde, daß der Tod in Folge Brandwunden erfolgt ist, die übrigens auch äußerlich sichtbar waren.

Schroda, 27. April. [Gefundenes Gerippe. Gewitter. Orkan. Brand.] Bei dem Auseinandernehmen zweier Bachen in einem alten Hause, welches dem Bürgermeister a. D. Rabot gehört, wurden hier die Überbleibsel eines menschlichen Gerippes eingemauert, vorgefunden. Es knüpfen sich an einen Fund verschiedene, aber sehr dünne und weit gehende Vermuthungen. — Seit mehreren Tagen haben wir bald warmes bald kühles Wetter. Auch entluden sich hier bereits 3 Gewitter, wobei ein sogenannter Landregen eintrat, der 24 Stunden lang hier und in der Umgebung anhielt, so daß die Felder wieder überreich an Nasse sind, in Folge dessen die Feldarbeiten nicht allmählich mit Energie in Angriff genommen werden können. — Der Orkan, welcher am 13. v. M. im hiesigen Kreise, und auch in anderen Gegenden wütete, hat im Ganzen über 300 Gebäude beschädigt, wovon ungefähr 100 Scheunen und Stallungen total über den Haufen geworfen worden sind. Viele Eigenthimer die davon schwer betroffen sind, bitten die Administrations-Behörden um Unterstützungen, und andere um Steuererlass. — Ullängst brannte die herrschaftliche Brennerei in Klein-Feiziory bei Santomischel, welche massiv erbaut ist, im Holzwerke total ab, so daß nur die Mauern stehen blieben; die Brennerei-Gerätschaften sind sehr durch den Brand beschädigt worden. Die Brennerei ist selbst seit längerer Zeit nicht mehr im Betriebe. Man soll in demselben aber Tannenzapfen gedörrt und getrocknet haben, und dadurch soll das Feuer in der Nacht entstanden sein.

Das Disziplinar-Versfahren gegen den deutschen Botschafter z. D. Grafen Harry v. Arnim.

Potsdam, 27. April.

(Originalbericht der Posener Ztg.)

Heute Vormittag 9½ Uhr trat die kaiserlich deutsche Disziplinarkammer unter dem Vorsitz des Obertribunals-Raths Johow in dem hiesigen Schwurgerichtssaal in dem obigen Versfahren zu einer öffentlichen Sitzung zusammen. Außer dem Präsidenten fungirten als Mitglieder des Gerichtshofs Kreisgerichtsrath und Kreisgerichts-Direktor Walde, Kreisgerichtsrath Wenzel und Wirk. Legations- und Justiz-Rath Wille, derselbe, welcher als Vertreter des Auswärtigen Amtes dem ersten Prozeß Arnim in allen drei Instanzen beigelehnt hat; als Vertheidiger fungirte Rechts-Anwalt Dr. Queenstädt aus Berlin.

Beim Aufruf der Sache meldete sich selbstverständlich der sich gegenwärtig noch in Florenz aufhaltende Angeklagte nicht. Nachdem aus einem amtlichen Schreiben des deutschen Konsulats zu Florenz konstatiert worden, daß die Vorladung zum heutigen Termine dem Grafen Arnim richtig insinuiert worden ist, verlas der Präsident ein Schreiben des Angeklagten, in welchem derselbe gegen die Art der Insinuation der Vorladung protestirt, indem dieselbe nicht ihm selbst von der dazu berechtigten Person zugestellt worden, sondern in seiner Woh-

nung einfach abgegeben sei, und um Vertagung des Termins bittet, damit ihm Zeit zur Rücksprache mit seinen Vertheidigern in dem Vortrialprozeß gewährt werde. Rechts-Anwalt Queenstädt schloß sich diesem Antrage an und bat auf den stark angegriffenen Gesundheitszustand seines Mandanten Rücksicht zu nehmen. Auch sei demselben die Anklage erst so spät zugestellt worden, daß ein Konferieren mit dem Prof. Holzen dorff und Rechts-Anwalt Dokhorn — sein dritter Vertheidiger Rechts-Anwalt Mundel befände sich auf einer Erholungsreise in Italien — unmöglich geworden sei. Er sei nerteits habe die Vertheidigung des Angeklagten nur für den Fall übernommen, wenn das Vertagungsgebot derselben wider Erwarten abgelehnt werden sollte.

Der öffentliche Ankläger Wirk. Legationsrath Wille stellte dagegen den Antrag, in die Verhandlung einzutreten, da die Krankheit des Angeklagten, der in Florenz Theater, Promenaden und Gesellschaften besucht, nicht eine derartige sein könne, daß ihm seine Vertheidigung in der vorliegenden Sache zu führen unmöglich genesen wäre. Auch sei ihm nicht bekannt, daß der Angeklagte zur Reise hierher nicht körperlich fähig sei. — Der Gerichtshof beschloß nach kurzer Berathung in die Kontumazialverhandlung einzutreten. Aus der von dem Kreisgerichtsrath Wenzel verlesenen Anklage heben wir folgende Punkte hervor:

- 1) Der Angeklagte ist durch Erkenntnis des kgl. Kammergerichts, bestätigt durch das kgl. Obertribunal, wegen vorsätzlicher Beiseitigung amtlicher Urkunden mit 9 Monaten Gefängnis bestraft worden;
- 2) in der Weigerung des Angeklagten, die aus Paris mitgenommenen sogenannten Konfliktpapiere auf die Aufforderung des Auswärtigen Amtes an dasselbe zurückzugeben, sei ein fortdauernder Ungehorsam zu erkennen; 3) nach seiner Verbesserung in den Ruhestand hat der Angeklagte dem Auswärtigen Amt, welches über verschiedene Punkte Aufklärung von ihm verlangt, eine Aufklärung des Gehorsams angekündigt, indem derselbe dem Reichskanzler brieflich antwortete, daß er sich nicht mehr als im Amt befindlich betrachte. 4) Die Geschäftsführung des Angeklagten sei eine höchst ordnungswidrige gewesen, so fehlten in dem Geheimen und politischen Journal eine Menge Eintragungen. 5) Der Angeklagte hat in dem beim Berliner Stadtgericht anhängig gemachten Kriminalverfahren mehrere nachträglich aufgefundenen Altenstücke, deren Geheimhaltung absolut erforderlich war, anstatt verschlossen an das Auswärtige Amt abzuliefern, durch seinen Vertheidiger Rechtsanwalt Mundel loje dem Gericht überreichen lassen. Aus diesen fünf Vorwürfen erachtet die Anklage, welche auf Befehl des Reichskanzlers vom 18. Novbr. eingeleitet worden sei, das Disziplinarverfahren für gerechtfertigt.

Wirk. Legations- und Justizrath Wille führte noch Folgendes aus. Ad 1 der Anklage habe er hervor, daß die bei Seite geschafften Urkunden die hochwichtigen kirchenpolitischen Gegenstände betrafen, über deren Mitnahme der Angeklagte verschiedene Angaben gemacht habe. Sollte der Gerichtshof die Verlehung der zu Altenstücke für notwendig erachten, um deren enorme Wichtigkeit festzustellen, so beantrage er, dies in geheimer Sitzung zu thun, wie dies auch seitens des Stadt- und des Kammergerichts geschehen sei. Die Ausführungen ad 2 und 3 sind belanglos; ad 4 macht der öffentliche Ankläger darauf aufmerksam, daß die Grundlage bei allen Missionen die ordnungsmäßige Führung der Journale sei, gegen welche der Angeklagte auf das Größtmögliche verstossen habe. Derselbe scheine nach alledem sich in seiner Stellung außerhalb von allen Traditionen des preußischen Beamtenthums „emanzipirt“ zu haben; denn mit dem Einbehalten der sogenannten „Konfliktpapiere“ habe derselbe Grundsätze aufgestellt, welche zweifellos ein unbedingtes Aufgabe des Gehorsams gegen den Staat und dessen oberste Behörden in sich schließen. Da der Angeklagte auch, wie aus seinem Verbalen dem Reichskanzler gegenüber erichlich, sich jener Botmäßigkeit entfagt, so sei es auch unmöglich, daß das auswärtige Amt noch fernherin auf den Angeklagten als Beamten solle reagieren können. Hierzu komme, daß, wie aus den Publikationen des Angeklagten hervorgehe, derselbe es mit der unbändig notwendigen Amtsverschwiegenheit nicht gar zu genau nehme. Er beantrage nach alledem, auf Entfernung des Angeklagten aus dem Reichsdienste erkennen zu wollen.

Rechtsanwalt Dr. Queenstädt trat diesen Ausführungen unter einem detaillierten Eingehen auf den vorverhandelten Kriminal-Prozeß mit Entschiedenheit entgegen und vertrat dabei den Standpunkt, welchen bereits die früheren Vertheidiger des Grafen Arnim betreffs der derselben zur Last gelegten Handlungen eingetragen haben. Er beantragte am Schluß seiner Rede die Freisprechung seines Mandanten. Der Gerichtshof erkannte indeß, wie schon telegraphisch mitgetheilt ist, den Antrag des öffentlichen Anklägers genüg auf Entfernung des Angeklagten aus dem Reichsdienste. — Selbst wenn sich der Graf Arnim hierbei beruhigen sollte, so bedarf dies Urteil nach den gesetzlichen Bestimmungen der Bestätigung des Kaisers.

Rechtsanwalt Dr. Queenstädt trat diesen Ausführungen unter einem detaillierten Eingehen auf den vorverhandelten Kriminal-Prozeß mit Entschiedenheit entgegen und vertrat dabei den Standpunkt, welchen bereits die früheren Vertheidiger des Grafen Arnim betreffs der derselben zur Last gelegten Handlungen eingetragen haben. Er beantragte am Schluß seiner Rede die Freisprechung seines Mandanten. Der Gerichtshof erkannte indeß, wie schon telegraphisch mitgetheilt ist, den Antrag des öffentlichen Anklägers genüg auf Entfernung des Angeklagten aus dem Reichsdienste. — Selbst wenn sich der Graf Arnim hierbei beruhigen sollte, so bedarf dies Urteil nach den gesetzlichen Bestimmungen der Bestätigung des Kaisers.

B. in J. Ihre Frage, ob ein tüchtiger Brunnenmeister in Posen sein Auskommen finden dürfe verrath mehr Vertrauen in unsere Wissenschaft als wir durch die That rechtfertigen können. Doch finden sich hierdurch vielleicht Wissende bewogen, uns für Sie Auskunft zu geben.

Köln, 26. April. [Gründungsprozeß.] Vor dem hiesigen Zuchtpolizeigericht stand gestern der Generaldirektor der kaiserlichen Gesellschaft Humboldt, Martin Neuerburg, unter der Beschuldigung der Untreue, indem derselbe als Vorstandsmitglied und Bevollmächtigter der Aktien-Gesellschaft „Germania“ zu Köln über Vermögensstücke dieser Gesellschaft absichtlich zu deren Nachteil verfügt habe. Seitens der Vertheidigung wurde die Freisprechung des Beschuldigten beantragt. Das öffentliche Ministerium beantragte eine Gefängnisstrafe von 1 Jahr, Verlust der Ehrenrechte auf die Dauer von 2 Jahren und 1000 Mark Geldbuße, eventuell 100 Tage Gefängnis. Das Urtheil wird heute über acht Tage gesprochen.

Staats- und Volkswirthschaft.

** In dem Prozeß der Halle-Sorau Eisenbahn, gegen die preußische Bankanstalt Henkel und Lange wird sich die letztere bei dem mitgetheilten Erkenntnis des Kammergerichts, wonach sie zur nochmaligen Zahlung der von dem Rentanten Pilz unterschlagenen Summe verurtheilt wird, nicht beruhigen, sondern die Entscheidung der 3. Instanz des Oberlandesgerichts anzuwenden. Der Prozeß hat bekanntlich jetzt nur denjenigen Rest der eingeflagten Werthe nicht gedeckt ist und ca. 105,000 Mark betragen dürfte.

Vermischtes.

* **Marienburg**, 27. April. Neben den Beginn der Feier des 600jährigen Bestehens der Stadt berichtet die „Nog. Ztg.“: Die Strafen der Stadt prangen im Festzelt und zierliche Gürtelnden bedecken die Häuserreihen, strohflaggen wehen von den Dächern und Bäumen der Gebäude. Schon mit dem am gestrigen Vormittage eingelaufenen Bürgen trafen eine Reihe deputirter Gäste bei uns ein, welche wohl sämtlich der für den Abend angelegten Konzertaufführung bewohnt. Über letztere für heute nur so viel, daß sämtliche zur Darstellung gelangten Momente in der wünschenswertesten Form hervortraten und sich des reichsten Beifalls des Publikums erfreuten. Der unter der sachkundigen Leitung des Herrn Kantor Grabowski durchgeführte musikalische Theil brachte ein ebenso reichhaltiges als auf das sorgsamste ausgewähltes Programm, das in allen seinen Nummern voll befridigen konnte. In der Aula des Gymnasiums fand gestern aus Veranlassung der städtischen Jubelfeier ein besonderer Alt statt, dem auch Vertreter von Behörden, wie Angehörige der Schüler bewohnten. Herr Gymnasial-Direktor Strehle hielt dabei die Festrede.

Briefkasten.

B. in J. Ihre Frage, ob ein tüchtiger Brunnenmeister in Posen sein Auskommen finden dürfe verrath mehr Vertrauen in unsere Wissenschaft als wir durch die That rechtfertigen können. Doch finden sich hierdurch vielleicht Wissende bewogen, uns für Sie Auskunft zu geben.

Berantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wasner in Posen. Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Telegraphische Nachrichten.

Wien, 28. April. Die Ausgleichsverhandlungen sind so weit vorgeschritten, daß die ungarischen Minister morgen nach Pest reisen dürfen, um die endgültige Zustimmung ihrer Partei einzuholen.

Bern, 28. April. Der Bundesrat genehmigte auf Grund der Verfassungsbestimmungen der altkatholischen Synode der Schweiz die Errichtung eines Bisdoms.

See- und Soolbad Colberg. Unter allen Bädern der deutschen Nord- und Ostseelüste hat kein Bad in den letzten Decennien einen so hohen Aufschwung genommen, als das See- und Soolbad Colberg. Während das Jahr 1856 nur 794 Badegäste hier nachwies, steigerte sich von Jahr zu Jahr die Zahl derselben bis zum Jahre 1867 auf 2418 und bis zum Jahre 1875 auf 4152. Für Russland und Polen ist Colberg dasselbe, was Ostende für Frankreich, England und Westdeutschland ist, ein Sammelplatz der höchsten Aristokratie jener Länder, wie aller in der so segensreichen Verbindung von Sool-, See- und Seeluftbädern die Herstellung ihrer Gesundheit erhoffenden Kranken der verschiedenen Art, von den an Stropheln, Verdauungsbeschwerden und Blutarmut leidenden Kindern an, bis zu den in Folge der Überbelastung von Arbeit oder sonstigen Mühseligkeiten des Lebens an ihren Funktionen gestörten Erwachsenen.

Borzugliches Tafelglas zu Mistbeetenstern, sowie andere Sorten Tafelglas empfiehlt billigt die **Tafelglas-Handlung und Glaserei M. Nowicki & Grünastel**, **Dessuitenstraße 5.**

Vereins-Sool-Bad Colberg, den heutigen Anforderungen entsprechend und zweckmäßig eingerichtet, geliebt aus der salzhaltigsten, eisenhaltigsten Salinenquelle eröffnet seine Sool-, Douche-, Dampf-, Moor- und Lehmäder. Ende Mai, besitzt ein Inhalatorium, galvanische Apparate, 30 Logirzimmer, und hält Wetteranzeigens auf Lager. Auskunft bei den Unterzeichneten und dem Bade-Inspektor Herrn Grenzöster. Gründung der kalten und warmen Seebäder: **Mitte Juni**.

Die Direktion. [H. 01462]

Dr. Bodenstein, **Stadtrath**, **Königl. Sanitätsrath**. **Dr. von Bünnau**, **Königl. Sanitätsrath**. **Dr. Hirschfeld**, **M. Kahler**, **Königl. Sanitätsrath**, **Kaufmann**.

Röntgenische Zahne und Gebisse gut und billig, Plombirungen mit Gold und anderen Füllungsmaterialien u. c. bei **Th. R. Kube**, Wilhelmstr. 23.

Jeden Sonnabend in Schroda, Hotel Hüttner, jeden Sonntag in Pleschen, Hotel Schwarzer Adler.

Bularester 20 Frs.-Prämien-Scheine, Ziehung 1. Mai, Haupttreffer 100,000, 50,000, 40,000, 25,000 Frs., verkauft a 18 Mark p. Stück.

Posen. **Filiale Leopold Weiss**, Wilhelmstraße 17.

Bekanntmachung.

Am 26. Februar d. J. ist auf einer Kellertreppe neben Leyler's Hotel hier, selbst die Leiche eines neugeborenen Kindes des weiblichen Geschlechts gefunden worden.

Das Kind war in eine alte gestreifte Schürze, deren Bänder um den Hals gelegt waren, eingewickelt; außerdem lag ein Strumpf bei der Leiche.

Da es bisher nicht gelungen ist die Mutter zu ermitteln, wird Feder der in dieser Verhandlung eine Auskunft geben kann, um schleunige Anzeige erfordern. Posen, den 23. April 1876.

Der Staats-Anwalt.

Handels-Register. In unser Genossenschafts-Register ist bei Nr. 4, woselbst die hiesige Genossenschaft in Firma: **Ul. Hüfnerverein auf Gegenzeitigkeit zu Posen**, eingetragene Genossenschaft, aufgeführt steht, zufolge Verfügung vom 19. April 1876 in Kolonne 4 eingetragen:

In der Verhandlung vom 18. Dezember 1875 und 2. April 1876 sind als Mitglieder des Vorstandes:

1. der Maler **Wladislans Simon** als Direktor,
2. der Buchhalter **Ludwig Welt** als Kassirer,
3. der Buchhalter **Peter Lasowksi** als Kontrolleur,

sämtlich in Posen wohnhaft, an Stelle der bisherigen Mitglieder, von der Generalversammlung neu gewählt worden.

Posen, den 19. April 1876.

Königliches Kreis-Gericht.

Bekanntmachung. In unser Firmen-Register ist unter Nr. 1650 die Firma **M. Kaplan**, Ort der Niederlassung Posen und deren Inhaberin die Kauffrau **Minna Kaplan** geborene Baszyńska zu Posen zufolge Verfügung vom heutigen Tage eingetragen.

Posen, 22. April 1876.

Königliches Kreisgericht.

Bekanntmachung. In der Herrmann Pineus'schen Konkursache sollen die zur Masse gehörigen Außenstände im Gesamtbetrage von 140 M. im Termine

den 9. Mai c.,

Vormittags 11 Uhr,

vor dem Kommissar des Konkurses im Bureau XI. öffentlich meldestattig gegen gleich baare Bezahlung verkauft werden.

Posen, den 7. März 1876.

Königl. Kreisgericht.

Der Substaatsrichter Leyl.

Offene Lehrerstellen.

Gesucht werden:

- a) zum 1. Juli c. ein Lehrer für die zweite Klasse der evang. Volkschule hierfür. Gehalt 1200 Mark verbunden ist. Vollkommen Kenntniß der deutschen Sprache ist durchaus notwendig. Bewerber wollen sich bis zum 15. Mai an die Stadtverordneten z. H. des Klempczynski in Mirstadt melden.
- b) zum Herbst d. J. ein Lehrer für die zweite Klasse der evangelischen Volkschule zu Pattscheid hierfür Gemeinde. Gehalt 1200 M. u. 72 M. Mietentschädigung. Melbungen werden baldigst erbeten.

Neukirchen, Kreis Solingen, den 18. April 1876. (H. 4881) Der Bürgermeister Halmann.

Bekanntmachung, das Militär-Ersatzgeschäft im der Stadt Posen betrifft.

Die Ersatz-Kommission für die Stadt Posen wird die Militärflichtigen des Jahrganges 1856, sowie die Gefestigungsflichtigen aus den früheren Jahrgängen in den Tagen vom 9. bis 16. Mai c. früh von 8 Uhr ab, im Königlichen Lokale, Columbia Nr. 1, hinterm Eichwaldthore mustern.

Die Gestellungen finden wie folgt statt: Alle Militärflichtigen aus dem

I. Polizei-Revier am Dienstag, den 9. Mai c.

II. " " Donnerstag, den 11. Mai c.

III. " " Freitag, den 12. Mai c.

IV. " " Sonnabend, den 13. Mai c.

V. " " Montag, den 15. Mai c.

VI. " " Die stet. den 16. Mai c.

Die Losung des Jahrgangs 1856 erfolgt Mittwoch, den 17. Mai c., Vormittags 9 Uhr.

Alle Personen welche zur Gestellung vor die Militär-Ersatz-Kommission verpflichtet sind gleichviel ob sie in der Stadt Posen gebürtig, oder sich nur vorübergehend hier aufzuhalten, und sich noch nicht bei den Polizei-Kommissarien ihres Reviers zur Stammrolle gemeldet haben, werden hiermit aufgefordert, dies sofort bei Vermeldung ihrer Bestrafung und der sonstigen dadurch entstehenden Nachtheile noch nachzuholen.

Etwas Reklamationsgesuche müssen vor Beginn des Kreis Ersatz-Geschäfts beim Unterzeichneten eingereicht werden.

Die Gestellungen verpflichteten müssen reinlich gekleidet an den bestimmten Tagen pünktlich 6½ Uhr früh im Lokale erscheinen.

Posen, den 26. April 1876.

Der Zivilvorsitzende der Königl. Ersatz-Kommission für die Stadt Posen.

Staudy, Polizei-Präsident.

Bekanntmachung, betr. die Reklamation und Klassifi- zierung der Wohrmänner.

Die Prüfung und Entscheidung auf die an den Magistrat gerichteten Gesuche von Reserveoffizieren, Wohrmännern und Ersatz-Reservisten I. Klasse der Stadt Posen, welche auf Zurückstellung oder Verlegung in eine höhere Dienstaltersklasse wegen häuslicher oder gewerblicher Unabkömmlichkeit Anpruch zu haben glauben, findet am Dienstag, den 16. Mai c., Vormittags von 11 Uhr ab, im Königlichen Lokale, Columbia Nr. 1 statt.

Den Reklamanten steht es frei, persönlich zu diesem Termine zu erscheinen, und zur Unterstützung ihrer Anträge Zeugen und sonstige Beweise zur Stelle zu bringen.

Die diesfallsigen Gesuche müssen jedoch mehrere Tage vorher schriftlich dem Magistrat eingereicht werden.

Posen, den 26. April 1876.

Der Zivilvorsitzende der Königl. Ersatz-Kommission für die Stadt Posen.

Staudy, Polizei-Präsident.

Gnesen. Posen. Lissa. Carl Heinr. Ulrici & Co.

brehren sich den Empfang ihrer neuesten Zusendungen hochfeiner Importen anzuseigen.

Von Hamburg zollfrei.

Jeder Concurrenz die Spitze bietend, bin ich im Stande, beste Sorte

fertige Hamburger Englischleder-Hosen

in allen grauen Farben ... à Thlr. 2. 25 Sgr., in weiß ... 2. 20

zollfrei zu liefern. Jede Bestellung wird sofort unter Nachnahme ausgeführt. Ersuche um Maßangabe, Taillenweite und Schrittlänge.

Kleider-Magazin zur Blume,
Hamburg, Steinstraße 12. E. Wagner.

Homann'sche Dampf-Marzipan-Fabrik, Hamburg, empfiehlt seine

Marzipanmasse,

auch präparirt zum Gebrauch für alle möglichen Mandelbäckereien und Mandelorten pr. 100 Pf. zollfrei M. 105, und unverzöllt M. 85 pr. 100 Pf. Diese Masse von feinsten kräftigsten Mandeln bereitet, wird von den meistten Konditoren ausschließlich verwandt, sowohl zu Marzipanen als Mandelbäckereien.

Durch Anschaffung der neuesten besten Maschinen, sind wir im Stande, die größten Aufträge prompt, auf's Beste auszuführen. [H. 0159.]

Spezialarzt Dr. med.

Meier,

Berlin, Leipzigerstr. 91.
heilt auch briesl. Syphilis, Geschlechts-, Haut- und Frauenkrankheiten nach den neuesten Fortschritten der Wissenschaft, selbst in den hartnäckigsten Fällen, mit stets sicherem und schnellem Erfolge.

Mein Magazin für Haus- u. Küchengeräthe

habe von Markt 55 nach

Neue Straße 4.

verlegt.

Moritz Brandt.

bri

H. Klug,

Breslauerstraße 38.

Dr. Pukar's Wasserheilanstalt Königbrunn, Station Königstein, Sächs. Schweiz. Spez. Pension f. Nervenleidende.

Zwei junge Mädchen finden eine gute Pension. Näheres in der Cigarrenhandlung von August Haacke, Friedrichstraße 2.

Pabersche Pflanzkartofeln offeriert Dom. Po-krzywno bei Posen.

Balcon-Decorations-Pflanzen und Blumen sind im Schilling billig zu haben auch in jeder Zeit schöne Bouquets.

Rothklee off. nroen

Gebrüder Auerbach

Neun tragende Fersen (Ostfriesländer) — Kalbezeit Mai und Juni — verkauft Dom. Frenhan bei Stat. Idury d. Delz-Gnes. Bahn.

Dom. Polanowitz bei Kruschwitz hat 300 Stück

volljähr. fette Hammel zu verkaufen. Nähere Auskunft erhält die Gutsverwaltung.

Bonzer-Corsettes, Bonzer-Journüre zu billigsten Preisen bei Wilh. Neuländer, Markt 60, Ecke Breslauerstr.

Wollbindsaden und Rüsstränge in verschiedenen Qualitäten offeriert billigst

Gustav Eisermann, Seilermeister in Schmiede.

Nou! Nou!

Taschen schnell Kochapparat zur augenblicklichen Bereitung von Kaffee, Thee, Beefsteak &c. &c. Sehr praktisch für's Haus und auf der Reise! Für die Vorzüglichkeit und Billigkeit spricht der kolossale Absatz seit ½ Jahr! Preis pr. Stück 4 Mk.

H Schoenfeldt, Berlin, Leipzigerstr. 134.

Conserve-Büchsen!

mit Deckel zum Verlöthen zum Einnahmen von Spargel, Gemüse und Fleisch liefert zu sehr billigen Preisen. Die Preiscourante gratis. Conserve-Büchsen-Fabrik von

W. Neitsch, Zehdenick p. Berlin.

en gros. en detail.

Petroleum-Kochmaschinen (Flach- und Rundbrenner) unter Garantie der Geruchlosigkeit, sowie die dazu passenden Geschirre empfiehlt

S. J. Auerbach, Breslau.

Engl. patent. Wollwasch-

mittel aus ächt levant. Seifenwurzel empfiehlt, wie alljährlich, zum Preis von Mr. 36 pro 1 Str., und Mr. 19, pro ½ Str. (H. 11,550.)

Berlin. Moreau Vallette.

Petroleum-Kochmaschinen, Wiener Kaffeemaschinen, Berzelius-Kessel u. Lampen, Solinger Messer aller Art

H. Klug, Breslauerstraße 38.

60 Liter Milch sind täglich zu vergeben. St. Martin 50 im Geschäft.

J. Fässler, Appenzell — Schweiz.

Algier-Blumenkohl in Prachtexemplaren, Astr. Caviar, Kieler Sprotten, Speck-Bücklinge, ger. Aal, sowie auch hochfeste Tafelbutter täglich frisch empfiehlt

Eduard Feckert jun.

Schützucker à Pf. 43 Pf., Würfelzucker à Pf. 50 Pf., besten Dampfkäufe à 1,60, Soda à Pf. 10 Pf., Copo-Lack, Dammer, Bernstein, schw. Leberlack à Pf. 1 Mark, Zinkweiß à Pf. 30 Pf. sowie alle Maler-Farben empfiehlt billigst

W. Moses, Breitestr. 23.

Frische Bücklinge empfiehlt billigst

Wasch. Büttelstr. 6.

Stettiner Pferde-Lotterie.

Ziehung am 27., 28. und 29. Mai 1876.

5 Hauptgewinne, bestehend in fünf eleganten Equipagen; 60 Reit- und Wagenpferde, 30 elegante zwei- und einspänige Gesirre, Reitfästel, Sattelzeuge &c.

Loose à 3 Mark sind in der Exped. d. Posener Zeitung zu haben.

Für Preismarken-Sammler!

Eine prachtvolle Sammlung (2500 Stück) ist zu verkaufen. Mühlenstr. 29, II. O. Pfundt. 2—4 Nachmittag.

Ein mittleres Parterre-Zimmer zu verm. Kl. Gerberstr. 5, Hinterhaus

Alten Markt 79 ist 1 möbl. Zimmer sofort zu vermieten.

St. Martin 46 ist im 3. Stock eine Wohnung von 4 Zimmern nebst Zubehör vom 1. Juli ab zu vermieten.

Im ersten Gartenhaus des Grundstücks Bäckerstraße 13a hier, ist vom 1. Juli d. J. ab eine Wohnung, bestehend aus 5 Stuben, Küche, Speisefammer, mit Bodenkammern 2 Treppen hoch, unter den im Bureau der Königlichen Eisenbahn Kommission hier Löpergasse Nr. 7, im Zimmer Nr. 26, einzusehen den Bedingungen zu vermieten.

Sommerwohnungen sind im Schilling mit allen Bequemlichkeiten zu haben.

Ein Wirtschafts-Beamter mit guten Zeugnissen verschenkt, wird bei 450 Mark Gehalt und freier Wäsche auf einem größeren Gute in der Nähe von Posen sofort verlangt. Adr. unter H. K. in der Expedition dieser Zeitung erbitten.

Ein unverheiratheter Jäger,

verschenkt mit guten Zeugnissen, wird sofort verlangt. Adr. unter B. S. dieser Zeitung erbitten.

Zum 1. Juli suche ich einen deutschen, der polnischen Sprache mächtigen

Wirthschafts-Inspector mit guten Zeugnissen bei 450 M. Gehalt und fr. Station.

Dom. Scrobyn bei Pudewitz.

Windoll.

Eine deutsche, der polnischen Sprache mächtige Wirthin, die

der Küche und Wäsche selbst vorstehen muß, kann sich unter Angabe ihrer Gehaltsansprüche und Einwendung ihrer Zeugnisse melden auf dem Domin. Magnuszwicke bei Kötlin.

Geübte Nährerinnen finden dauernde Beschäftigung bei

Frau Preischhoff, Bergstr. 3.

Für mein Kolonialwaren-, Wein-

Geschäft suche ich

einen Lehrling

zum sofortigen Antritt

H. Hummel, Breslauerstr. 9.

A. Fässler, Appenzell — Schweiz.

Eine zuverlässige ältere Frau sucht

Stellung als Kinderfrau bei 1 oder

2 Kindern. Näheres beim Schmid

Heinrich, St. Martin 15, 1 Tr.

Algier-Blumenkohl in Prachtexemplaren, Astr. Caviar, Kieler Sprotten, Speck-Bücklinge, ger. Aal, sowie auch hochfeste Tafelbutter täglich frisch empfiehlt

Eduard Feckert jun.

Eine gebildete mit der Wirthschaftsführung vertraute Dame kann bei einer älteren Beamten hier selbst sofort eine Stelle erhalten. Näheres in der Exped. d. B.

Ein Sohn achtjähriger Eltern, der ge-müngde Schulbildung besitzt, kann unter günstigen Bedingungen in die Cigarren- und Tabak-Handlung von

August Haacke als Lehrling ein-

treten.

Kirchen-Nachrichten für Posen.

Kreuzkirche. Sonntag d. 30. April, Vormittags 10 Uhr: Herr Pastor Zehn. — Nachmittags 2 Uhr:

Herr Superintendent Kleitte.

Petrikirche. Sonntag den 20. April, früher 10 Uhr, Predigt: Dr. Konst.

Rath Dr. Goebel.

St. Paulikirche. Sonntag den 20. April, Vormittags 9 Uhr, Abend-

mahlfeier: Herr Konfessor-Rath Reichard. — 10 Uhr Predigt:

Herr General-Superint. D. Granz.

Freitag den 5. Mai, Abende 6 Uhr, Gottesdienst: Herr Pastor Schlecht.

Garnisonkirche. Sonntag den 20. April Vormittags 10 Uhr: Herr Div.-Pfarrer Meinke. — 12 Uhr Sonntagschule: Herr Div.-Pfarrer Meinke.

Groß-Luth. Gemeinde. Mittwoch den 3. Mai, Abende 7½ Uhr: Herr Superint. Kleinwachter.

In